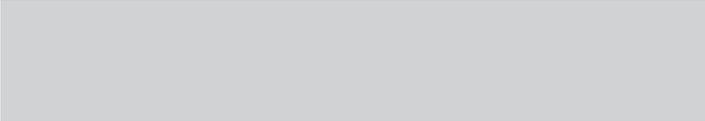


Obergericht des Kantons Zug
Rechenschaftsbericht
2007





**Obergericht des Kantons Zug
Rechenschaftsbericht
2007**



Das Obergericht an den Kantonsrat

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss § 55 Abs. 1 des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden erstatten wir Ihnen den nachstehenden Rechenschaftsbericht über die Zivil- und Strafrechtspflege sowie über die Tätigkeit der Betreibungsämter und des Konkursamts im Jahr 2007.

Zug, den 8. April 2008

Mit vorzüglicher Hochachtung

Obergericht des Kantons Zug

I. Studer-Milz
Präsidentin

M. Frey
Generalsekretärin

Inhaltsverzeichnis

A		
Gesetzgebung	5	
B		
Bemerkungen zum Geschäftsgang	7	
C		
Personelles	13	
D		
Grafische Darstellung der Entwicklung der Geschäftslast in den Jahren 2003 – 2007	15	
E		
Geschäftsübersicht	25	
I		
Friedensrichterämter	26	
II		
Schlichtungsstelle für arbeits- rechtliche Streitigkeiten	30	
III		
Einzelrichteramt	31	
IV		
Untersuchungsrichteramt	35	
V		
Jugendanwaltschaft	38	
VI		
Staatsanwaltschaft	41	
VII		
Jugendgericht	45	
VIII		
Strafgericht	47	
IX		
Kantonsgerichtspräsidium	54	
X		
Kantonsgericht	60	
XI		
Obergericht	63	
XII		
Anwaltsprüfungskommission	76	
XIII		
Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte	77	
XIV		
Betreibungsämter und Konkursamt	78	
F		
Anhang	84	
I		
Verzeichnis der richterlichen Behörden und Angestellten	84	
Ila		
Verzeichnis der im Anwalts- register des Kantons Zug eingetragenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte	89	
Ilb		
Verzeichnis der in der öffentlichen Liste des Kantons Zug eingetragenen Rechts- anwältinnen und Rechtsanwälte	92	
III		
Richtlinien der Justiz- kommission für die Berechnung des betriebsrechtlichen Existenzminimums	92	

A

1. Der Kantonsrat behandelte im Jahr 2007 im Bereich der Justizgesetzgebung folgende Geschäfte:

Er verabschiedete am 25. Januar 2007 Änderungen im Gerichtsorganisationsgesetz, in der Strafprozessordnung und in weiteren kantonalen Erlassen im Hinblick auf die vorzeitige Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells in der Zuger Strafjustiz per 1. Januar 2008. Am 29. November 2007 genehmigte er eine Änderung der Geschäftsordnung des Obergerichts.

2. Das Obergericht änderte am 18. September 2007 seine Geschäftsordnung. Dabei ging es vor allem um Änderungen im Zusammenhang mit der Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells und mit der Zusammenlegung der Gerichtskassen. Im gleichen Zusammenhang verabschiedete es am 20. November 2007 die Verordnung über die Staatsanwaltschaft, welche die bisherige Verordnung über das Einzelrichteramt in Strafsachen, die Staatsanwaltschaft, das Untersuchungsrichteramt und die Jugendanwaltschaft ersetzt. Ebenfalls am 20. November 2007 wurde die Verordnung über den Vollzug der Schutzmassnahmen und Strafen gegenüber Jugendlichen verabschiedet. Alle genannten Erlasse traten per 1. Januar 2008 in Kraft.

Gesetzgebung

B

Bemerkungen zum Geschäftsgang

1. Friedensrichterämter

Die Zahl der neu eingegangenen Sühneverfahren in Zivilstreitigkeiten erhöhte sich insgesamt von 778 auf 830; in der Gemeinde Hünenberg ist eine Verdoppelung der neuen Verfahren festzustellen. Die Neueingänge bei den Zivilprozessen mit einem Streitwert bis CHF 300.–, die von den Friedensrichterinnen und Friedensrichtern endgültig zu entscheiden sind, gingen von 43 auf 27 zurück. Rückläufig waren ebenfalls die neu angehobenen Sühneverfahren bei Ehrverletzungen (18 Verfahren gegenüber 29 im Vorjahr). Wie in den Vorjahren wurden rund 50 % aller Verfahren durch Rückzug, Anerkennung oder Vergleich erledigt. Dies zeigt auf, dass die Friedensrichterinnen und Friedensrichter sowie ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die regelmässig zum Einsatz kommen, eine wichtige Funktion im Gerichtswesen einnehmen und wesentlich dazu beitragen, den Rechtsfrieden zwischen den Parteien wiederherzustellen.

Eine Delegation des Obergerichts hat wie üblich drei Friedensrichterämter (Risch, Hünenberg, Cham) besucht und sich von der guten Amtsführung überzeugen können.

2. Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten

Die Zahl der neu eingegangenen Verfahren

war auch im Berichtsjahr leicht rückläufig und verminderte sich von 217 auf 209 Fälle. Von den insgesamt 223 pendenten Verfahren konnten 200 erledigt werden, und zwar praktisch alle innerhalb einer Verfahrensdauer von drei Monaten. In lediglich 91 Fällen konnte keine Einigung erzielt werden. Dies zeigt einmal mehr auf, dass die beiden als Schlichter tätigen Rechtsanwälte einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens leisten und die Zivilgerichte dadurch substantiell entlastet werden.

3. Einzelrichteramt

Erstmals seit 2001 hat die Zahl der Neueingänge bei den Strafbefehlsverfahren abgenommen, und zwar um ca. 5%, allerdings auch die Zahl der Erledigungen, wobei diese Rückgänge im üblichen Schwankungsbereich liegen. Bei den Einzelrichterverfahren haben die Neueingänge ebenfalls leicht abgenommen, indes konnte hier die Erledigungsrate um rund 10% erhöht werden. Rund 96% aller Strafbefehlsverfahren konnten innert drei Monaten und rund 86% der Einzelrichterverfahren innert sechs Monaten erledigt werden. Nachdem das Einzelrichteramt per Ende 2007 im Zusammenhang mit der Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells aufgehoben wurde, waren die Mitarbeitenden des Amtes bestrebt, die Pendenzen abzubauen, was ihnen gut gelungen ist. Den Einzelrichtern am Strafgericht mussten bloss 26 pendente Verfahren und der Staatsanwaltschaft 246 pendente Strafbefehlsverfahren übertragen werden.

4. Untersuchungsrichteramt

Auch beim Untersuchungsrichteramt ist die Zahl der Eingänge an Strafuntersuchungen seit 2000 erstmals wieder gesunken; im Berichtsjahr gingen 2480 Fälle ein (Vorjahr

2780, minus rund 10%). Aber auch die Erledigungsrate sank um rund 18%, so dass sich ein Höchststand von 1044 Pendenzen ergab. Dieser Rückgang war zu einem Teil voraussehbar, da im Zusammenhang mit der Umsetzung des Staatsanwaltschaftsmodells von der Projektleitung ein Erledigungsstopp bei Überweisungen an die Staatsanwaltschaft und das Einzelrichteramt beschlossen wurde. Hinzu kam, dass das Bewerbungsverfahren im Zusammenhang mit den neuen Staatsanwaltschaften gewisse Verunsicherungen auslöste. Zumindest aber konnten die Fälle mit Bearbeitungslücken weiter reduziert werden. Auch kann festgestellt werden, dass 89% der eingehenden Fälle innert einem Jahr und 96% innert zwei Jahren erledigt wurden.

5. Jugendanwaltschaft

Die Zahl der Neueingänge ist um ca. 10% zurückgegangen, und die Zahl der Erledigungen verblieb ungefähr auf dem Stand des Vorjahres. Die Aufstockung des Pensums des Jugendanwalts von ca. 35% auf 100% hat sich demzufolge noch nicht auf die Zahl der erledigten Fälle ausgewirkt, sondern vorerst darin, dass der Jugendanwalt vermehrt Zeit hatte, an wichtigen Gesprächen teilzunehmen. Überdies erledigte er zu Beginn des Berichtsjahres einige Fälle des Einzelrichteramtes und war bis Ende Jahr als dessen Geschäftsleiter tätig. Angesichts des Rückgangs von neuen Fällen ergab sich per Ende 2007 eine sehr tiefe Pendenzenzahl von 22 Fällen. Was die Verfahrensdauer betrifft, so konnten wiederum 92% aller Verfahren innerhalb von drei Monaten erledigt werden, was im Jugendstrafverfahren von besonderer Bedeutung ist.

Die Zuständigkeit betreffend die Aufsicht über den Vollzug von Schutzmassnahmen und Strafen gegenüber Jugendlichen,

welche bis Ende 2006 der Sicherheitsdirektion oblag, ging per 1.1.2007 auf das Obergericht über. Es mussten keinerlei Beanstandungen erhoben werden.

6. Staatsanwaltschaft

Die Neueingänge bei den Anklageverfahren nahmen um rund 15 % ab, jene bei den internationalen Rechtshilfeersuchen verblieben auf dem hohen Stand des Vorjahres. Bei beiden Verfahren lag die Zahl der erledigten Fälle tiefer als im Vorjahr. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die Umsetzung des Staatsanwaltschaftsmodells (Bewerbungsrunde, zwei Umzüge in der zweiten Jahreshälfte sowie Mitwirkung des Geschäftsleiters in der Projektleitung) zurückzuführen. Nach wie vor konnten einige Verfahren nicht innerhalb eines Jahres zur Anklage gebracht werden (u. a. zwei grosse Wirtschaftsstrafverfahren). Es ist zu hoffen, dass mit der Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells eine Verkürzung der Verfahrensdauer erreicht werden kann.

7. Jugendgericht

Die Belastung des Jugendgerichts war ungefähr gleich wie in den Vorjahren (Neueingänge 2007: 5 Fälle, 2006: 5 Fälle, 2005: 7 Fälle). Ende Jahr war ein Fall pendent.

8. Strafgericht

Nachdem in den Jahren 2004 und 2005 ein massiver Anstieg an Anklagen zu verzeichnen war (44 bzw. 45), ging die Zahl der Neueingänge wie im Vorjahr (29) nochmals zurück (auf 22 Fälle); jene der Berufungen stieg von 14 im 2006 auf 16 leicht an. Dank der zusätzlichen Gerichtsschreiberstelle, die dem Strafgericht per 1.1.2007 zugeteilt wurde, konnten die Pendenzen bei den Anklagen von 42 im 2006 auf 22 gesenkt werden. Bei den Berufungsfällen

blieb die Erledigungszahl konstant. Die insgesamt noch fünf pendenten Fälle der Berufungskammer wurden an das Obergericht übertragen, da das Obergericht ab 1.1.2008 einzige kantonale Berufungsinstanz ist.

An dieser Stelle ist auf eine Neuerung hinzuweisen: Seit dem Jahre 2007 sind für die Öffentlichkeit die Termine der öffentlichen Gerichtsverhandlungen des Strafgerichtes und der strafrechtlichen Abteilung des Obergerichtes in anonymisierter Form auf der Homepage des Kantons unter der jeweiligen Instanz einsehbar.

9. Kantonsgericht

Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Neueingänge bei den ordentlichen Zivilprozessen mit einem Streitwert ab CHF 8000.– (Abteilungsfälle) leicht zugenommen. Im Einzelrichterbereich waren die Neueingänge bei den ordentlichen Verfahren mit einem Streitwert von weniger als CHF 8000.– leicht rückläufig und bei den summarischen Verfahren ungefähr gleich. Insgesamt entspricht die Zahl der Neueingänge derjenigen des Vorjahres (2815 gegenüber 2873 im Jahre 2006). Im Berichtsjahr konnten ungefähr gleich viele Fälle erledigt werden wie im Vorjahr; die Zahl der hängigen Fälle hat sich nicht verändert. Die Geschäftslast insgesamt ist unverändert hoch und liegt an der Kapazitätsgrenze.

10. Obergericht

a) Zivilrechtliche Abteilung

Nachdem in den Jahren 2005 und 2006 eine Zunahme von je 20 % der neu angehenden Berufungsverfahren zu verzeichnen war, gingen die Neueingänge im Berichtsjahr von 56 auf 41 Fälle, d. h. um rund 25 % zurück. Dagegen konnte – infolge personel-

ler Verstärkung – die Zahl der Erledigungen von 42 auf 51 oder um rund 20% erhöht und der Pendenzenberg entsprechend abgebaut werden. Gegen obergerichtliche Erledigungsentscheide wurden beim Bundesgericht insgesamt 19 Rechtsmittel eingelegt; davon wurden im Berichtsjahr 12 Verfahren behandelt, die für die Rechtsmittelkläger alle negativ ausfielen.

b) Strafrechtliche Abteilung

Im Berichtsjahr war bei den Berufungen mit 17 Neueingängen gegenüber dem Vorjahr (9) eine markante Zunahme zu verzeichnen. Die Erledigungen konnten zwar im Berichtsjahr auf 14 gesteigert werden (Vorjahr 10), doch führte die grössere Zahl der Neueingänge per Ende Jahr zu einem Anstieg der Pendenzen auf 19 (Vorjahr 16). Um den dringend notwendigen Pendenzenabbau bewerkstelligen und eine Verkürzung der Verfahrensdauer erreichen zu können, ist nun eine personelle Verstärkung der Abteilung beschlossen worden. Da mit der Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells per 1.1.2008 die Zuständigkeit für die Berufungen gegen Einzelrichterurteile nicht mehr beim Strafgericht, sondern ebenfalls beim Obergericht liegt, war auch aus diesem Grund eine personelle Verstärkung der Abteilung erforderlich.

c) Justizkommission

Die Neueingänge sind im Berichtsjahr wieder markant um 58 Beschwerdefälle oder fast 27% auf insgesamt 318 angestiegen, nachdem sie seit ihrem Höchststand von 331 Fällen im 2001 kontinuierlich gesunken waren. Dabei verteilt sich diese Zunahme auf alle drei Gebiete (Zivil-, Straf- und Betreibungsrecht), wobei die grösste Steigerung im zivilrechtlichen Bereich festzustellen ist. Die Erledigungsquote

konnte nach dem Rückgang im vorangegangenen Jahr erfreulicherweise wieder gesteigert werden und erreichte mit 298 erledigten Beschwerden wieder praktisch das jeweilige Niveau der Jahre 2003 – 2005. Trotzdem nahmen namentlich wegen der hohen Anzahl der Neueingänge die Pendenzen am Ende des Berichtsjahres wieder um 21 auf 77 Beschwerdefälle zu. Namentlich bei den Beschwerden im straf- und strafprozessrechtlichen Bereich ist ein Anstieg zu verzeichnen. Gemessen an den früheren Jahren mit ähnlich hohen Neueingängen ist dieser Pendenzenstand allerdings durchaus vergleichbar. Die Verfahrensdauer ist ebenfalls akzeptabel, wenn das Bestreben auch sein muss, sie namentlich in einigen Bereichen noch zu verkürzen. So wurden 58% (Vorjahr: ⅔) der Beschwerden innert drei Monaten, ein weiteres Viertel (Vorjahr: 22%) innert einem halben Jahr und weitere 11% (Vorjahr: 9%) innert neun Monaten seit ihrem Eingang entschieden. Das bedeutet, dass 95% aller Verfahren innert 9 Monaten abgeschlossen werden konnten.

d) Justizverwaltung

Im Bereich der Justizverwaltung befassten sich die Verwaltungskommission und das Gesamtgericht mit einzelnen gesetzgeberischen Erlassen (vgl. Abschnitt A) und mit einem parlamentarischen Vorstoss. Nachdem der Kantonsrat am 25. Januar 2007 die ihm vom Obergericht unterbreitete Gesetzesvorlage zur vorzeitigen Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells in der Zuger Strafjustiz verabschiedet hatte, nahm das Obergericht die Umsetzungsarbeiten an die Hand. Der schon für die Gesetzgebungsarbeiten zugezogene Experte und die Präsidentin bildeten die Projektleitung, welche um den Oberstaatsanwalt und dessen Stellvertreter – nach deren

Wahl durch das Obergericht – erweitert wurde. Die Besetzung der neuen Stellen sowie auch der Aushilfsstellen beanspruchte ausserordentlich viele Ressourcen, ebenfalls die mit der Zusammenführung von drei Ämtern notwendigen weiteren Projekte wie Raumbeschaffung, Informatik, Gesetzgebungsarbeiten (Verordnungen, Geschäftsordnung).

Das Obergericht reorganisierte im Berichtsjahr auch das Rechnungswesen und führte die Kasse des ehemaligen Einzelrichteramtes und die Gerichtskasse zusammen. Diese neue Gerichtskasse ist nun direkt dem Obergericht angegliedert, ist indes für das ganze Rechnungswesen aller drei Gerichte und der Staatsanwaltschaft zuständig. Zudem erbringt sie einzelne Dienstleistungen für das Verwaltungsgericht.

Im Weiteren verabschiedete das Obergericht in 1. Lesung die Verordnung betreffend das Übersetzungswesen, welche von einer Arbeitsgruppe der Justiz und der Verwaltung ausgearbeitet wurde.

Das Gesamtgericht befasste sich überdies mit der Rechnung, dem Rechenschaftsbericht und dem Budget. Die übrigen Verwaltungsgeschäfte bewegten sich im üblichen Rahmen.

11. Schlussbemerkungen

Das Jahr 2007 stand für die Strafrechtspflege ganz im Zeichen der vorzeitigen Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells. Bei der Umsetzung waren nicht nur das Obergericht (insbesondere die Verwaltungskommission), sondern auch die ehemaligen Geschäftsleiter des Untersuchungsrichteramtes und der Staatsanwaltschaft überdurchschnittlich gefordert. Die

Besetzung sämtlicher neuer Stellen wurde im Frühjahr vorgenommen, so dass per Mitte Jahr jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter wusste, wo ihr bzw. sein neuer Arbeitsplatz sein wird. Verständlich ist, dass ein solcher Veränderungsprozess Verunsicherungen auslöste. Zudem mussten sich die Mitarbeitenden der Strafrechtspflege in den neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches einarbeiten. Dank dem grossen Einsatz aller Personen, die an diesem für die Strafjustiz wichtigen Projekt beteiligt waren, ging die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells ohne Probleme vonstatten. Insbesondere den beiden Führungspersonen der neuen Staatsanwaltschaft und der Generalsekretärin des Obergerichts ist an dieser Stelle ein besonderer Dank auszusprechen.

Mit Bezug auf die Geschäftslast kann sowohl in der Zivil- wie in der Strafrechtspflege bei den neu eingegangenen Fällen insofern von einer ausgeglichenen Bilanz gesprochen werden, als in einzelnen Bereichen eine erhebliche Zunahme gegenüber dem Vorjahr, in anderen Bereichen aber auch ein grösserer Rückgang zu verzeichnen war. Auch die Erledigungszahlen liegen in einem normalen Schwankungsbereich. Verfahrensverzögerungen sind in Einzelfällen zwar noch vorhanden, obwohl bei allen Instanzen das Augenmerk speziell darauf gerichtet ist, solche zu eliminieren. Insgesamt darf aber wiederum festgestellt werden, dass rund 95 % aller Verfahren speditiv und innert angemessener Frist durchgeführt werden können und dass die Zivil- und Strafrechtspflege gut funktioniert. Für das insgesamt positive Ergebnis und den tatkräftigen Einsatz ist allen Mitarbeitenden der beste Dank auszusprechen.

C

1. Obergericht

Der Kantonsrat hat dem Obergericht per 1. Januar 2007 eine zusätzliche vollamtliche Richterstelle bewilligt. Zum neuen Oberrichter wurde auf diesen Zeitpunkt Felix Ulrich gewählt.

2. Obergerichtskanzlei

Per 1. Januar 2007 wurde Peter Furger als Gerichtsschreiber angestellt. Er vertrat während des ganzen Jahres Jörg Lötscher, welcher in dieser Zeit als a. o. Einzelrichter beim Einzelrichteramt tätig war. Nach Ablauf dieses Jahres bleibt Peter Furger beim Obergericht; er besetzt eine im Zusammenhang mit der Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells neu geschaffene Gerichtsschreiberstelle. Gerichtsschreiber Martin Bühler kündigte per Ende Januar 2007. Als seine Nachfolgerin wurde per 1. März 2007 Iris Renggli angestellt.

Während der Berichtsperiode beendeten die folgenden Personen das zur Erlangung des zugerischen Rechtsanwaltspatents erforderliche Gerichtspraktikum bei den verschiedenen Amtsstellen (je eine Stelle beim Einzelrichteramt und bei der Staatsanwaltschaft, je zwei Stellen beim Verwaltungsgericht und beim Untersuchungsrichteramt sowie fünf Stellen beim Kantonsgericht):

Personelles

Alexander Schwartz, Gabriela Baumgartner, Helen Huber, Philipp Hofmann, Yasumi Hiruta, Philipp Meierhans, Lukas Honegger, Andrea Reimisch, Fabienne Steiner, Philipp Kaiser, Alessandra Palermo, Stefan Baer, Saskia Cruchon, Michèle Landtwing, Patrick Odermatt, David Bundi, Christoph Sidler.

3. Kantonsgericht

Kantonsrichter Felix Ulrich wurde per 1. Januar 2007 zum Oberrichter gewählt. Zu seiner Nachfolgerin beim Kantonsgericht wurde auf den gleichen Zeitpunkt Christine Arndt gewählt.

4. Kantonsgerichtskanzlei

Als Nachfolgerin von Gerichtsschreiber Michael Tremp wurde auf den 1. Januar 2007 Petra Torn angestellt. Petra Schwegler, Sekretärin beim Kantonsgericht, kündigte per Ende Februar 2007. Ihre Nachfolge trat per 1. März 2007 Christoph Iten an. Ebenfalls per Ende Februar wechselte Gerichtsschreiberin Iris Renggli vom Kantons- zum Obergericht. Ihre Stelle konnte auf den 1. März 2007 mit Michael Siegrist besetzt werden. Per 1. Juli 2007 wurde Christoph Hehli als Gerichtsschreiber angestellt. Er ist Nachfolger von Maria Clodi, welche ihre Stelle infolge Mutterschaft auf das Ende des Mutterschaftsurlaubs kündigte. Per Ende August 2007 kündigte Sekretärin Sybille Müller ihre Stelle. Als Nachfolgerin wurde per 1. August 2007 Tatjana Stiedl Puur in einem Teilzeitpensum angestellt. Zudem wurde per 1. September 2007 die bisherige Aushilfsstelle von Sekretärin Monika Ulrich in den Plafond aufgenommen, ebenfalls in einem Teilzeitpensum.

5. Strafgerichtskanzlei

Dem Strafgericht wurde per 1. Januar 2007 eine zusätzliche Gerichtsschreiberstelle

bewilligt, welche mit Andrea Senn besetzt wurde. Kanzleivorsteher Andreas Landtwing kündigte seine Stelle per 31. Oktober 2007. Gerichtsschreiberin Andrea Senn wurde per 1. November 2007 zu seiner Nachfolgerin gewählt. Die frei gewordene Gerichtsschreiberstelle wurde ebenfalls per 1. November 2007 mit Laurent Rossé (Teilzeitpensum) besetzt.

6. Einzelrichteramt / Jugendanwaltschaft

Per 1. Januar 2007 wurde der Jugendanwaltschaft die Aufstockung der Stelle des Jugendanwalts auf ein Vollamt bewilligt. Der bisherige (Teilzeit-)Jugendanwalt und Einzelrichter Alex Briner wurde auf diesen Zeitpunkt zum vollamtlichen Jugendanwalt bestimmt. Die frei gewordene Einzelrichterstelle wurde befristet auf ein Jahr mit Jörg Lötscher besetzt. Das Pensum der Sekretärin/Rechnungsführerin Claudia Hotz wurde auf den 1. Januar 2007 befristet bis Ende Jahr von 60% auf 80% erhöht. Der Rechnungsführer des Einzelrichteramts und der Jugendanwaltschaft, Guido Hüsler, trat per Ende Oktober 2007 in den Ruhestand. Als sein Nachfolger wurde Toni Theiler angestellt.

7. Staatsanwaltschaft

Die juristische Mitarbeiterin der Staatsanwaltschaft, Franziska Keller, hat ihre Stelle per Ende Februar 2007 gekündigt. Im Hinblick auf die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells per 1. Januar 2008 wurde ihre Nachfolge befristet mit Aushilfsstellen und mit dem Einsatz eines «Springers» geregelt.

8. Untersuchungsrichteramt

Am 1. Januar 2007 trat Nancy Sicilia eine Stelle als Sekretärin an (Teilzeitpensum). Sie war vorher bereits als Aushilfe für das Untersuchungsrichteramt tätig gewesen.

Per 31. Juli 2007 wurde Sekretärin Erika Voneschen pensioniert. Als Nachfolgerin wurde Theresia Kuske angestellt. Per 31. Dezember 2007 wurde Albert Huwiler, Sachbearbeiter in Wirtschaftsstrafsachen, pensioniert. Im Hinblick auf die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells wurden in der zweiten Hälfte 2007 bereits vereinzelt Aushilfen angestellt.

9. Konkursamt

Im Berichtsjahr verliess der juristische Mitarbeiter Ulrich Landtwing das Konkursamt. Neu eingetreten als juristische Mitarbeitende sind Helen Huber und Andreas Hess.

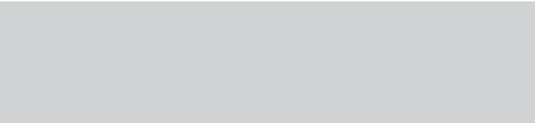
10. Betreibungsämter

Ivo Twerenbold ist seit 1. Januar 2007 Betreibungsbeamter des aus den Betreibungsämtern Unterägeri und Oberägeri zusammengelegten Betreibungsamtes Ägerital. Er ist Nachfolger von Guido Twerenbold.

11. Dank

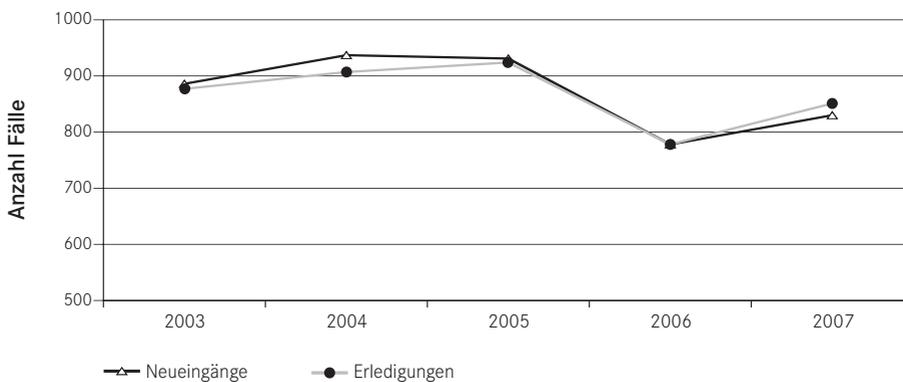
Das Obergericht spricht allen ausgeschiedenen Mitarbeitenden für ihren engagierten Einsatz im Dienste der Zuger Rechtspflege seinen besten Dank aus. Zudem dankt es allen Mitarbeitenden, die bei den Vorbereitungsarbeiten für die Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells mitgewirkt haben. Sie haben dafür zum Teil einen sehr grossen zusätzlichen Arbeitsaufwand auf sich genommen.

D



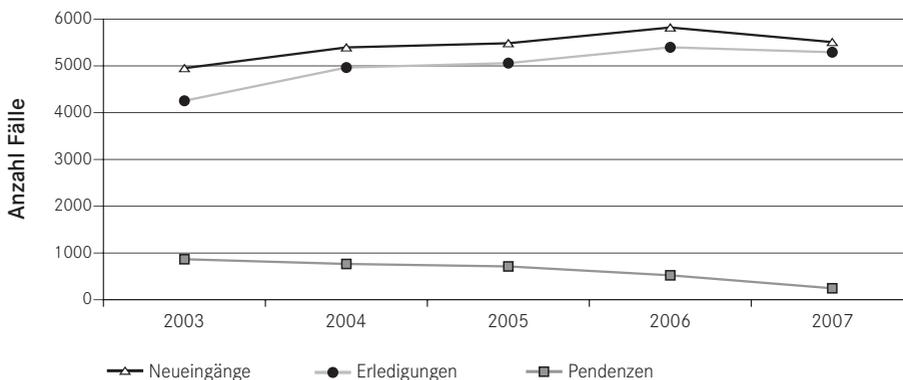
Grafische Darstellung
der Entwicklung der
Geschäftslast in den
Jahren 2003 – 2007

FRIEDENSRICHTERÄMTER Sühneverfahren in Zivilstreitigkeiten (§ 69 ff. ZPO)



Jahr	Neueingänge	Erledigungen
2003	886	877
2004	937	907
2005	931	924
2006	778	778
2007	830	851

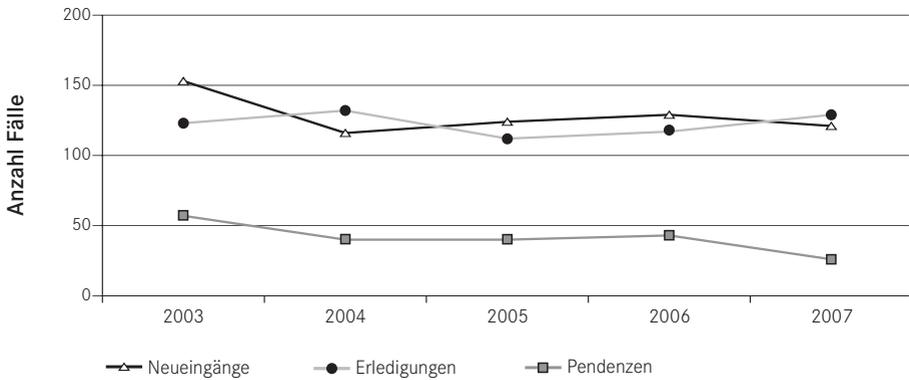
EINZELRICHTERAMT Strafbefehrsverfahren (gegen Erwachsene)



Jahr	Neueingänge	Erledigungen (Strafbefehle)*	Pendenzen
2003	4951	4254	867
2004	5395	4965	766
2005	5484	5059	713
2006	5821	5397	523
2007	5509	5292	246

* Abschreibungen und anderweitige Erledigungen werden hier nicht erfasst.

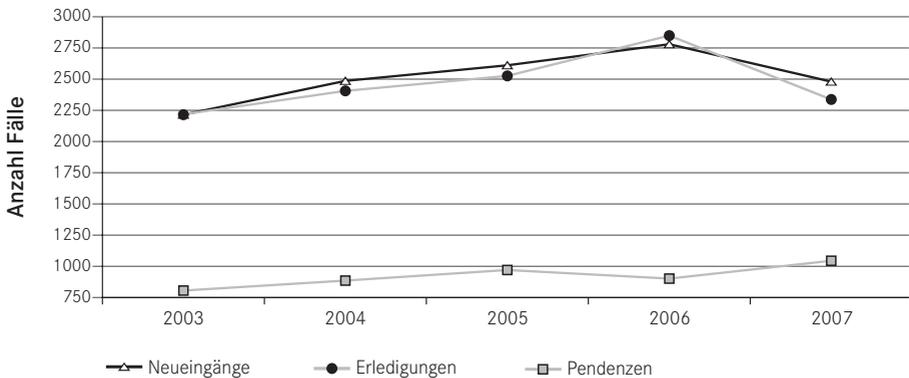
EINZELRICHTERAMT Einzelrichterverfahren (gegen Erwachsene)



Jahr	Neueingänge	Erledigungen (Urteile)*	Pendenzen
2003	153	123	57
2004	116	132	40
2005	124	112	40
2006	129	117	43
2007	121	129	26

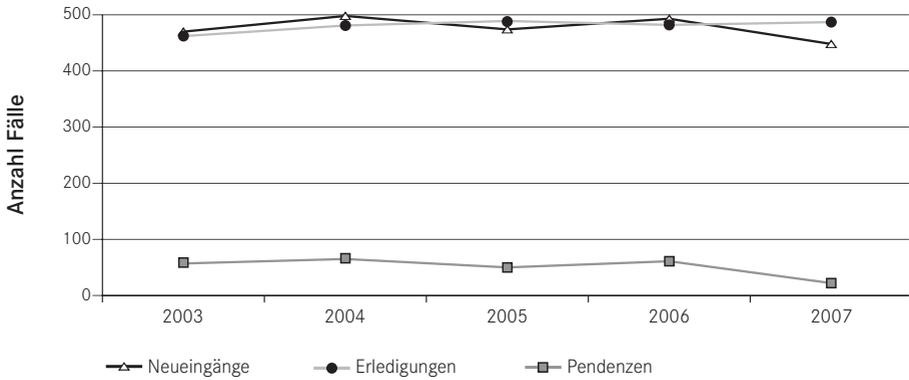
* Abschreibungen und anderweitige Erledigungen werden hier nicht erfasst.

UNTERSUCHUNGSRICHTERAMT Strafuntersuchungen



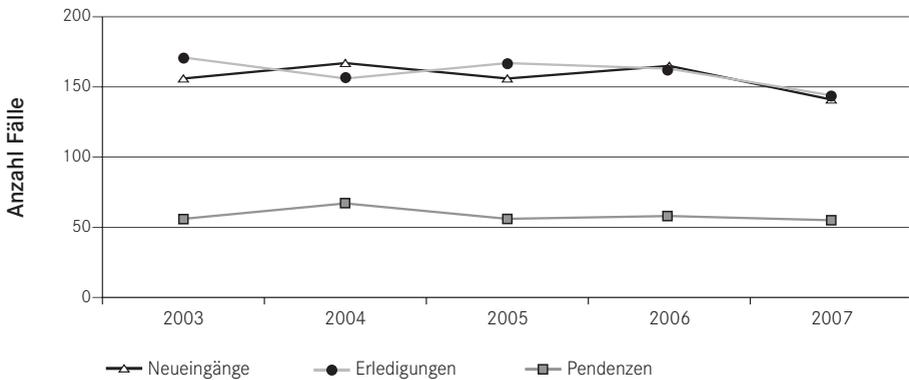
Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	2215	2218	805
2004	2486	2406	885
2005	2611	2526	970
2006	2780	2849	901
2007	2480	2337	1044

JUGENDANWALTSCHAFT Strafklagen und Strafanzeigen



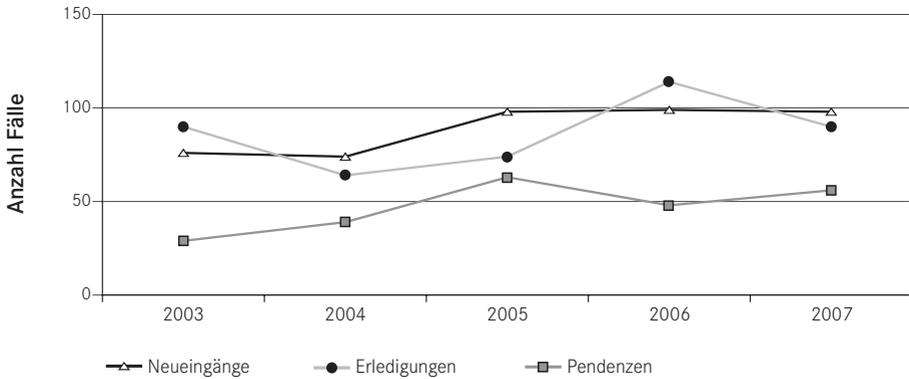
Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	470	462	57
2004	489	481	65
2005	474	489	50
2006	493	482	61
2007	448	487	22

STAATSANWALTSCHAFT Strafverfahren (inkl. abgekürzte Verfahren)



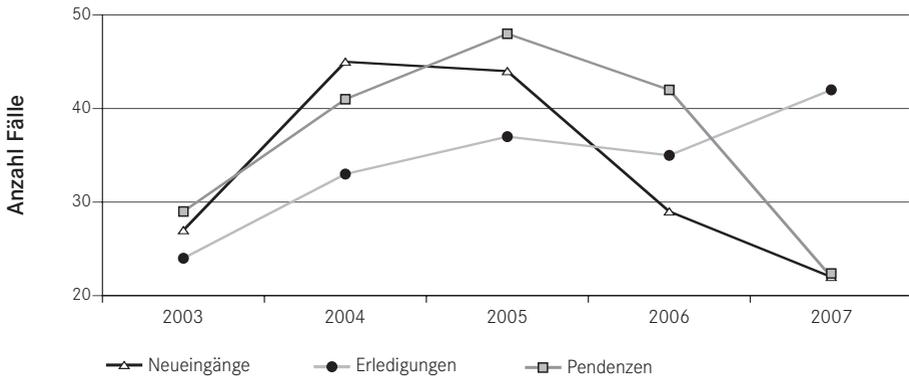
Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	156	171	56
2004	167	156	67
2005	156	167	56
2006	165	163	58
2007	141	144	55

STAATSANWALTSCHAFT Verfahren betreffend internationale Rechtshilfe in Strafsachen



Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	76	90	29
2004	74	64	39
2005	98	74	63
2006	99	114	48
2007	98	90	56

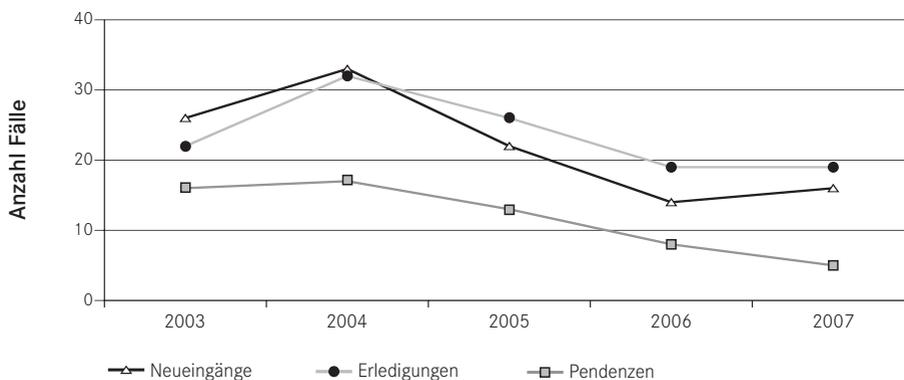
STRAFGERICHT Als erste Instanz*



Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	27	24	29
2004	45	33	41
2005	44	37	48
2006	29	35	42
2007	22	42	22

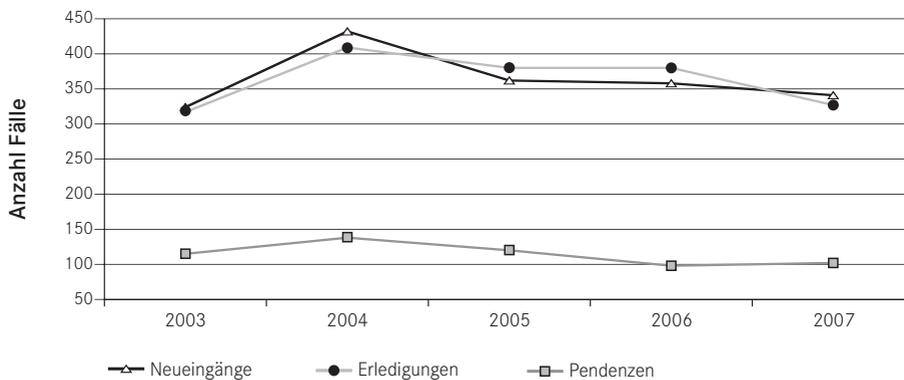
* Das Strafgericht hat diese Zahlen für den Rechenschaftsbericht 2004 neu gegliedert. Um die Fallzahlen 2004 mit früheren Jahren vergleichen zu können, wurden auch die Zahlen der Vorjahre der neuen Gliederung angepasst. Die Zahlen stimmen daher mit früheren Rechenschaftsberichten nicht überein.

STRAFGERICHT Als Berufungsinstanz



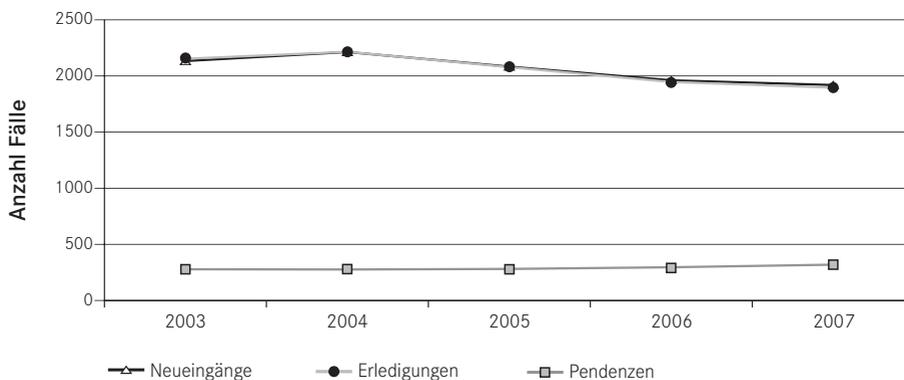
Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	26	22	16
2004	33	32	17
2005	22	26	13
2006	14	19	8
2007	16	19	5

KANTONGERICHTSPRÄSIDIUM Einzelrichter im ordentlichen Verfahren



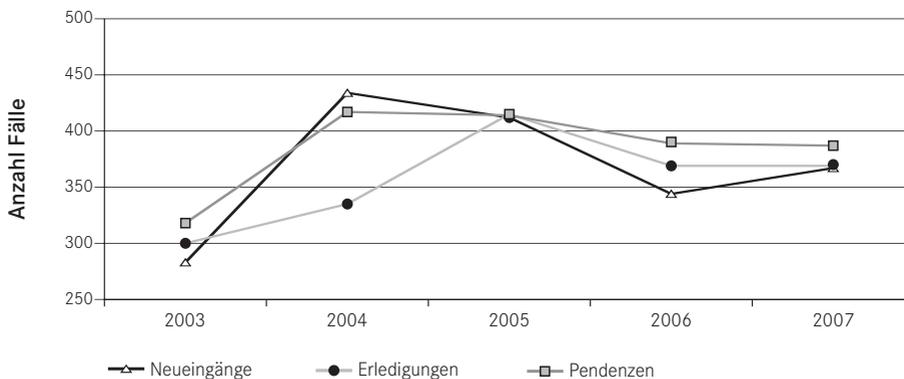
Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	324	317	115
2004	432	409	138
2005	362	380	120
2006	358	380	98
2007	341	327	102

KANTONGERICHTSPRÄSIDIUM Einzelrichter im summarischen Verfahren



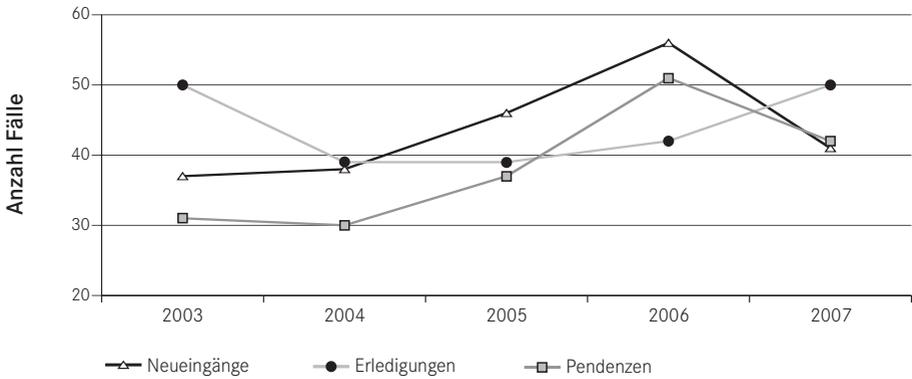
Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	2133	2153	278
2004	2213	2215	276
2005	2083	2078	281
2006	1961	1946	296
2007	1919	1896	319

KANTONGERICHT Zivilprozesse



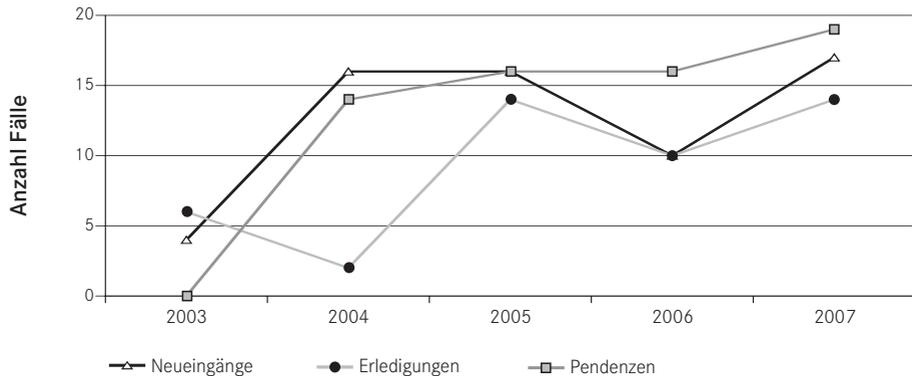
Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	283	300	318
2004	434	335	417
2005	412	415	414
2006	344	369	389
2007	367	369	387

OBERGERICHT Als Zivilinstanz



Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	37	43	31
2004	38	39	30
2005	46	39	37
2006	56	42	51
2007	41	50	42

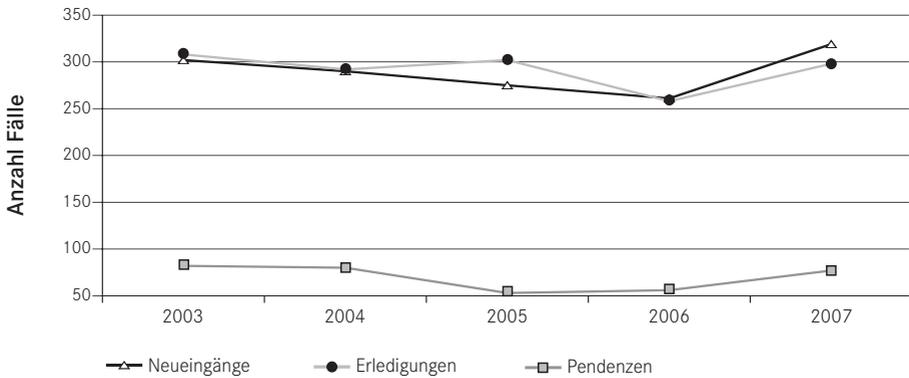
OBERGERICHT Als Strafinstanz



Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	4	6	-
2004	16	2	14
2005	16	14	16
2006	10	10	16
2007	17	14	19

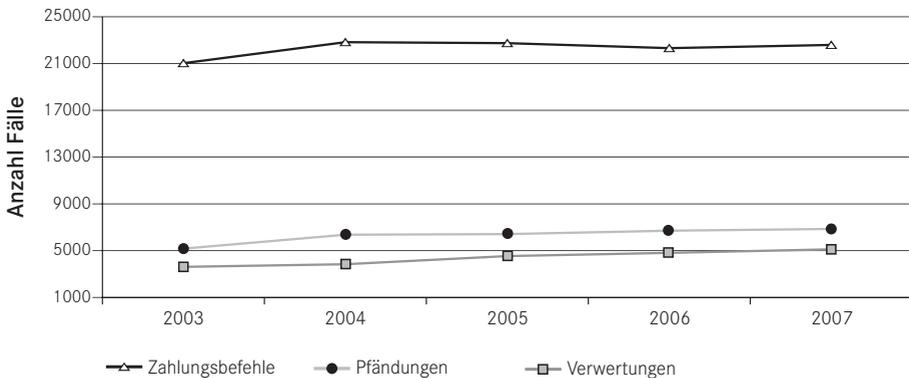
Im ROG 2005 wurden erstmals Berufungen von Privatklägern und Dritten unter Berufungen aufgeführt; die Zahlen für das Jahr 2004 wurden angepasst, um einen Vergleich zu ermöglichen. Die Zahlen für das Jahr 2004 stimmen daher nicht mit dem ROG 2004 überein. Für die Vorjahre ergeben sich keine Veränderungen.

OBERGERICHT Justizkommission (Beschwerden)



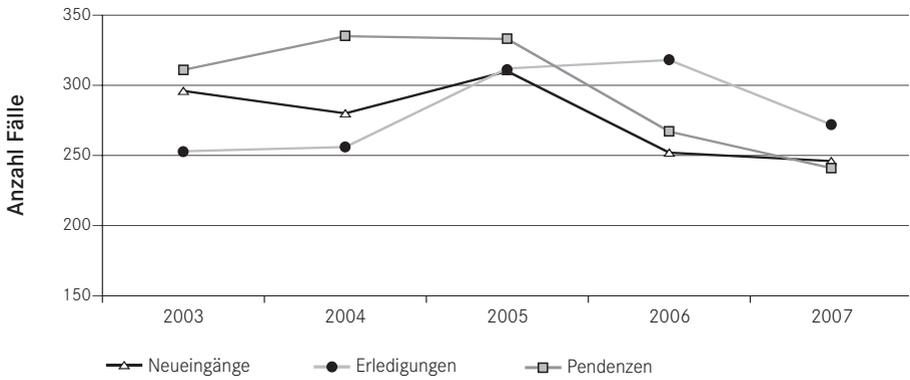
Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	302	308	82
2004	290	292	80
2005	275	302	53
2006	261	258	56
2007	319	298	77

BETREIBUNGSÄMTER Zahlungsbefehle, Pfändungen und Verwertungen



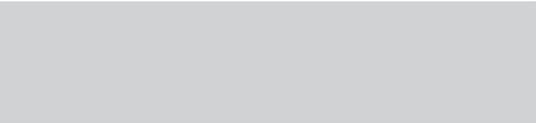
Jahr	Zahlungsbefehle	Pfändungen	Verwertungen
2003	21030	5173	3614
2004	22828	6363	3839
2005	22744	6416	4537
2006	22317	6707	4812
2007	22592	6857	5114

KONKURSAMT Konkurse



Jahr	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen
2003	296	253	311
2004	280	256	335
2005	310	312	333
2006	252	318	267
2007	246	272	241

E



Geschäftsübersicht

I. Friedensrichterämter

1. Gesamtübersicht

Amt	1a Zivilprozesse Streitwert bis 300.-		1b Sühneverfahren in Zivilstreitsachen		1c Sühneverfahren bei Ehrverletzungen	
	vom Vorjahr anhängig	Neu- eingang	vom Vorjahr anhängig	Neu- eingang	vom Vorjahr anhängig	Neu- eingang
2006						
Zug	-	10	61	318	3	13
Oberägeri	-	2	4	29	-	1
Unterägeri	-	1	-	28	-	3
Menzingen	-	-	2	21	1	-
Baar	-	7	11	145	1	2
Cham	2	17	14	102	1	3
Hünenberg	1	2	7	34	-	-
Steinhausen	-	2	3	21	-	3
Risch	-	1	-	56	-	3
Walchwil	-	-	2	16	-	-
Neuheim	-	1	-	8	-	1
Kanton	3	43	104	778	6	29
2007						
Zug	-	8	58	352	4	9
Oberägeri	-	1	1	20	-	-
Unterägeri	-	-	2	33	-	-
Menzingen	-	-	1	14	-	4
Baar	1	4	16	146	-	2
Cham	-	9	9	86	1	1
Hünenberg	-	3	10	64	-	-
Steinhausen	-	1	1	33	-	1
Risch	-	-	3	60	-	-
Walchwil	-	-	3	9	-	-
Neuheim	-	1	-	13	-	1
Kanton	1	27	104	830	5	18

2. Zivilprozesse mit Streitwert bis CHF 300.– (§ 4 GOG)

Amt	Anzahl Fälle lt. Tabelle 1a	davon waren am Ende des Jahres		Erledigungsart			
				ohne Erkenntnis		durch Erkenntnis	
		erledigt	anhängig	Rückzug Anerkennung Vergleich	Gutheissung		Abwei- sung
				ganz	teilw.		
2006							
Zug	10	10	-	8	2	-	-
Oberägeri	2	2	-	2	-	-	-
Unterägeri	1	-	1	-	-	-	-
Menzingen	-	-	-	-	-	-	-
Baar	7	6	1	6	-	-	-
Cham	19	19	-	8	11	-	-
Hünenberg	3	3	-	2	-	-	1
Steinhausen	2	2	-	2	-	-	-
Risch	1	1	-	1	-	-	-
Walchwil	-	-	-	-	-	-	-
Neuheim	1	1	-	1	-	-	-
Kanton	46	44	2	30	13	-	1
2007							
Zug	8	7	1	8	-	-	-
Oberägeri	1	1	-	1	-	-	-
Unterägeri	-	-	-	-	-	-	-
Menzingen	-	-	-	-	-	-	-
Baar	5	5	-	5	-	-	-
Cham	9	9	-	6	3	-	-
Hünenberg	3	3	-	2	1	-	-
Steinhausen	1	1	-	1	-	-	-
Risch	-	-	-	-	-	-	-
Walchwil	-	-	-	-	-	-	-
Neuheim	1	-	1	-	-	-	-
Kanton	28	26	2	23	4	-	-

3. Sühneverfahren in Zivilstreitsachen (§ 69 ff. ZPO)

Amt	Anzahl Fälle lt. Tabelle 1b	davon waren am Ende des Jahres		Erledigungsart			
		erledigt	anhängig	Rückzug Anerkennung Vergleich	durch Weisung		ohne Folge (§ 78 ZPO)
					an den Einzelrichter	an das Kantonsgericht	
2006							
Zug	379	321	58	164	40	117	–
Oberägeri	33	32	1	22	4	6	–
Unterägeri	28	27	1	14	5	7	1
Menzingen	23	21	2	3	10	7	1
Baar	156	140	16	71	30	39	–
Cham	116	107	9	46	34	27	–
Hünenberg	41	31	10	7	7	17	–
Steinhausen	24	23	1	12	3	8	–
Risch	56	53	3	26	11	12	4
Walchwil	18	15	3	6	2	7	–
Neuheim	8	8	–	2	2	3	1
Kanton	882	778	104	373	148	250	7
2007							
Zug	410	367	43	178	64	125	–
Oberägeri	21	21	–	12	5	4	–
Unterägeri	35	34	1	13	3	16	2
Menzingen	15	13	2	8	3	2	–
Baar	162	140	22	74	23	43	–
Cham	95	89	6	48	22	19	–
Hünenberg	74	71	3	40	15	16	–
Steinhausen	34	33	1	15	10	8	–
Risch	63	60	3	32	12	16	–
Walchwil	12	12	–	5	3	4	–
Neuheim	13	11	2	3	–	3	5
Kanton	934	851	83	428	160	256	7

4. Sühneverfahren bei Ehrverletzungen (§ 65 StPO)

Amt	Anzahl Fälle lt. Tabelle 1c	davon waren am Ende des Jahres		Erledigungsart		
		erledigt	anhängig	Rückzug Vergleich	Bestätigung lt. § 65 StPO (Weisung an das Untersuchungsrichteramt)	ohne Folge
2006						
Zug	16	12	4	6	6	-
Oberägeri	1	1	-	1	-	-
Unterägeri	3	3	-	1	2	-
Menzingen	1	-	1	-	-	-
Baar	3	3	-	1	2	-
Cham	4	3	1	2	1	-
Hünenberg	-	-	-	-	-	-
Steinhausen	3	3	-	1	2	-
Risch	3	3	-	1	2	-
Walchwil	-	-	-	-	-	-
Neuheim	1	1	-	-	1	-
Kanton	35	29	6	13	16	-
2007						
Zug	13	13	-	7	6	-
Oberägeri	-	-	-	-	-	-
Unterägeri	-	-	-	-	-	-
Menzingen	4	4	-	1	3	-
Baar	2	2	-	1	1	-
Cham	2	2	-	-	2	-
Hünenberg	-	-	-	-	-	-
Steinhausen	1	1	-	-	1	-
Risch	-	-	-	-	-	-
Walchwil	-	-	-	-	-	-
Neuheim	1	1	-	1	-	-
Kanton	23	23	-	10	13	-

II. Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten

	2006	2007			
a) vom Vorjahr anhängig	26	14			
Neueingänge	217	209			
Total	243	223			
b) Art der Erledigung					
durch Vergleich	105	83			
gegenstandslos	3	6			
Rückzug	35	19			
Nichteintreten	–	91			
keine Einigung	86	1			
Total Erledigungen	229	200			
Übertrag auf das folgende Jahr	14	23			
c) Dauer der erledigten Prozesse					
Verfahren mit Dauer von ... Monaten					
	0 – 3	3 – 6	6 – 12	12 – 24	Total
2006:	218	9	–	2	229
2007:	195	5	–	–	200

III. Einzelrichteramt

	2006	2007
1. Strafverfahren		
vom Vorjahr anhängig		
Strafbefehlsverfahren	713	523
Einzelrichterverfahren	40	43
	Total 753	566
Neueingänge		
Strafbefehlsverfahren	5821	5509
Einzelrichterverfahren	129	121
	Total 5950	5630
Total Strafverfahren (gegen Erwachsene)	6703	6196

2. Erledigung

Strafbefehlsverfahren		
Strafbefehle (gegen Erwachsene)	5397	5292
Einstellungen	136	90
Vereinigungen	318	276
Abtretungen an Untersuchungsrichteramt Zug	151	109
Abtretungen an andere Amtsstellen	9	19
Total Strafbefehlsverfahren	6011	5786
Einzelrichterverfahren		
Urteile		
Sachurteile	111	122
Entscheide über Vollzug aufgeschobener bzw. bedingter Strafen	3	-
Urteile abgekürztes Verfahren	3	7
Prozessurteile (Einstellung infolge Rückzug Strafantrag, Verjährung, Sistierung, etc.)	5	1

	2006	2007
Verfügungen		
Entscheide über Wiederaufnahme	–	–
Abschreibungsbeschlüsse	1	2
Wiederherstellung Frist	3	5
Vereinigungen	–	1
Total Einzelrichterverfahren	126	138
Total Erledigungen	6137	5924
Übertrag auf das folgende Jahr		
Strafbefehlsverfahren	523	246
Einzelrichterverfahren	43	26
Total	6703	6196

3. Beurteilte Tatbestände

Tatbestände des StGB		
strafbare Handlungen gegen Leib und Leben	209	230
strafbare Handlungen gegen das Vermögen	478	501
strafbare Handlungen gegen die Ehre und den Geheim- und Privatbereich	22	17
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	182	169
strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	37	40
Verbrechen und Vergehen gegen die Familie	16	16
gemeingefährliche Verbrechen oder Vergehen	14	14
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Verkehr	–	2
Fälschung von Geld, amtlichen Wertzeichen, amtlichen Zeichen, Mass und Gewicht	5	4
Urkundenfälschung	31	29
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Frieden	4	4
strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt	25	55
Verbrechen und Vergehen gegen die Rechtspflege	15	9
strafbare Handlungen gegen die Amts- und Berufspflicht	–	2
Übertretungen bundesrechtlicher Bestimmungen	10	27
Tatbestände des SVG	5341	5125
Zuwiderhandlung gegen das BetmG	322	286
Tatbestände anderer Bundeserlasse und kantonaler Gesetze		
BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer	260	133
Gewässerschutzgesetz	9	13
Transportgesetz	370	410
Umweltschutzgesetz	12	12
AHVG	15	34

	2006	2007
AVIG	20	8
Gesetz über den unlauteren Wettbewerb	5	3
Zivilschutzgesetz	4	4
Tatbestände anderer Bundesgesetze	120	134
Tatbestände des Polizeistrafgesetzes	149	185
Bauvorschriften	3	6
Tatbestände anderer kantonaler Gesetze	65	99

4. Sanktionen

a) Bussen (ohne durch die Zuger Polizei erhobene SVG-Ordnungsbussen oder aufgrund von Bedenkfristzetteln einbezahlte Bussen)		
Strafbefehlsverfahren	5168	5217
Einzelrichterverfahren	51	87
b) Geldstrafen ¹		
Geldstrafen unbedingt		
Strafbefehlsverfahren	–	122
Einzelrichterverfahren	–	10
Geldstrafen unbedingt mit Busse		
Strafbefehlsverfahren	–	53
Einzelrichterverfahren	–	2
Geldstrafe bedingt		
Strafbefehlsverfahren	–	36
Einzelrichterverfahren	–	7
Geldstrafe bedingt mit Busse		
Strafbefehlsverfahren	–	1186
Einzelrichterverfahren	–	46
c) Freiheitsstrafen		
Gefängnis unbedingt		
Strafbefehlsverfahren	128	2
Einzelrichterverfahren	14	4
Gefängnis bedingt		
Strafbefehlsverfahren	382	–
Einzelrichterverfahren	27	4
Haft unbedingt		
Strafbefehlsverfahren	3	–
Einzelrichterverfahren	1	–

1 Strafarten gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007

	2006	2007
Haft bedingt		
Strafbefehlsverfahren	9	-
Einzelrichterverfahren	-	-
Freiheitsstrafe bedingt ¹		
Strafbefehlsverfahren	-	-
Einzelrichterverfahren	-	5
Freiheitsstrafe unbedingt ¹		
Strafbefehlsverfahren	-	46
Einzelrichterverfahren	-	4
d) Gemeinnützige Arbeit ¹		
Gemeinnützige Arbeit nach Umwandlung im Strafbefehlsverfahren	-	2
Gemeinnützige Arbeit im Einzelrichterverfahren	-	1
e) Verwarnungen		
Strafbefehlsverfahren	-	-
Einzelrichterverfahren	-	-
f) Absehen von Strafe/Umgang		
Strafbefehlsverfahren	111	63
Einzelrichterverfahren	1	-
g) Freisprüche		
Einzelrichterverfahren	17	24
h) Ambulante Massnahme / Stationäre Massnahme		
Einzelrichterverfahren	3	8
i) Kostenaufgabe (Einstellung)		
Einzelrichterverfahren	-	-

5. Ertrag aus Bussen und unbedingten Geldstrafen

mittels Strafbefehl oder Urteil ausgefällt	1 999 801.90	2 023 563.50
--	--------------	--------------

6. Weiterzug

a) Berufungen an das Strafgericht		
durch die Verurteilten	14	12
durch die Staatsanwaltschaft	-	-
durch das Opfer	-	1
durch den Privatkläger	-	-

1 Strafarten gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007

	2006	2007
b) Beschwerden an die Justizkommission	9	3
c) Einsprache gegen Strafbefehle		
durch die Verurteilten	357	325
durch die Staatsanwaltschaft	-	-
durch die Staatsanwaltschaft und die Verurteilten	-	-

7. Diverse Geschäfte

Widerruf des bedingten Strafvollzuges	42	14
Löschung von Strafregistereinträgen auf Gesuch Privater	26	2
Löschung von Strafregistereinträgen auf Gesuch des Strafregisters	998	20
Bussenumwandlung	1037	995
Untersuchungen als stellvertretender Untersuchungsrichter	-	4
Einbürgerungsgesuche	701	779
Personensicherheitsprüfungen	12	13
Rückfallmeldungen	236	120

8. Verfahrensdauer

Strafbefehlsverfahren

Verfahren mit Dauer von ... Monaten

	0 – 3	3 – 6	6 – 12	12 – 24	Total
2006:	5805	197	9	-	6011
2007:	5669	112	4	1	5786

Einzelrichterverfahren

Verfahren mit Dauer von ... Monaten

	0 – 3	3 – 6	6 – 12	12 – 24	über 24	Total
2006:	55	45	20	4	2	126
2007:	87	33	15	3	-	138

IV. Untersuchungsrichteramt

	2006	2007
1. Untersuchungen		
vom Vorjahr anhängig	970	901
Neueingänge	2780	2480
Total	3750	3381
2. Erledigungen		
Einstellung des polizeilichen Ermittlungsverfahrens (§ 13 StPO)	64	34
Nichtanhandnahme	62	79
Überweisung an ERA zur Erledigung durch Strafbefehl	803	611
formelle Einstellung (§ 34 StPO)	824	758
davon zufolge Verjährung (Übertretungen)	5	–
Teileinstellung	32	32
Einstellung der Administrativuntersuchung	52	51
Einstellung nach Rückzug der Einsprache (§ 14 ^{ter} StPO)	103	96
Einstellung in Ehrverletzungssachen	14	5
einstweilige Einstellung	81	89
Überweisung an Staatsanwaltschaft	147	122
Überweisung an Staatsanwaltschaft (abgekürztes Verfahren)	10	11 ¹
Überweisung an den Einzelrichter (Ehrverletzungssache)	1	2
Abtretung an ausserkantonale Strafbehörden	107	118
Vereinigung (mit bereits pendenter Untersuchung gegen den gleichen Angeschuldigten)	528	308
provisorische Einstellung	21	21
Total Erledigungen	2849	2337
Übertrag auf das folgende Jahr	901	1044
Total	3750	3381

1 Zzgl. 1 Erledigung, welche technisch erst im Januar 2008 erfasst werden konnte.

	2006	2007
3. Rechtsgebiete bzw. Delikte		
Die neu eingegangenen Untersuchungen betrafen folgende Rechtsgebiete:		
Schweizerisches Strafgesetzbuch (StGB) total:	1725	1654
darin enthalten folgende Tatbestände bzw. Delikte:		
strafbare Handlungen gegen Leib und Leben	469	468
strafbare Handlungen gegen das Vermögen	1627	1316
strafbare Handlungen gegen die Ehre und den Geheim- und Privatbereich	115	106
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	487	589
strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	95	102
Verbrechen und Vergehen gegen die Familie	50	31
gemeingefährliche Verbrechen oder Vergehen	52	42
Verbrechen und Vergehen gegen die öffentl. Gesundheit	1	–
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentl. Verkehr	5	2
Fälschung von Geld, amtlichen Wertzeichen, amtlichen Zeichen, Mass und Gewicht	5	9
Urkundenfälschung	140	123
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentl. Frieden	8	–
Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und die Landesverteidigung	1	–
Vergehen gegen den Volkswillen	2	–
strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt	85	93
Störung der Beziehungen zum Ausland	–	–
Verbrechen und Vergehen gegen die Rechtspflege	76	49
strafbare Handlungen gegen die Amts- und Berufspflicht	18	31
Übertretungen bundesrechtlicher Bestimmungen	22	33
Tatbestände des SVG	360	303
Zuwiderhandlung gegen das BetmG	58	59
Tatbestände anderer Bundeserlasse		
BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer	249	104
Gewässerschutzgesetz	8	7
Transportgesetz	66	70
Umweltschutzgesetz	3	6
Gesetz über den unlauteren Wettbewerb	21	31
Zivilschutzgesetz	4	3
Arbeitslosenversicherungsgesetz	19	16
AHV-Gesetz	37	96
andere Bundesgesetze	63	75
Tatbestände kantonaler Erlasse		
Tatbestände des Polizeistrafgesetzes	72	42

	2006	2007
Tatbestände des Baugesetzes	9	5
Tatbestände anderer kantonaler Erlasse	27	9
a. g. Todesfälle	58	53

4. Verfahrensdauer

a) Von den Ende 2007 mehrjährig pendenten Untersuchungen wurden anhängig gemacht:
 2000: 0 2001: 0 2002: 3 2003: 3 2004: 8 2005: 45 2006: 167 Total: 226

b) Dauer der erledigten Untersuchungen

Untersuchungen mit Dauer von ... Monaten:

	1 – 3	3 – 6	6 – 9	9 – 12	12 – 24	24 – 36	> 36	Total
2006: 1917	385	158	108	200	57	24	2849	
2007: 1522	344	164	97	163	34	13	2337	

5. Verhaftungen / Untersuchungshaft

Anzahl verhafteter Personen	324	322 ¹
davon in Untersuchungshaft gesetzt	78	55
Dauer der Untersuchungshaft länger als 20 Tage	19	21

6. Rechtshilfegesuche

a) Anzahl

vom Vorjahr anhängig	10	10
Neueingänge	46	26
Total	56	36

b) Erledigungen

Zahl der erledigten Fälle	46	31
Übertrag auf das folgende Jahr	10	5
Total	56	36

c) Untersuchungshandlungen ausserkantonaler Strafverfolgungsbehörden
 (Konkordat über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen)

Genehmigung Einsatz ZUPO durch URA	49	61
Orientierung Untersuchungsrichteramt Zug	43	46
Total	92	107

7. Ausschreibungen zur Aufenthaltsausforschung oder Verhaftung auf Ersuchen der Zuger Polizei

Ausschreibungsverfügungen	47	62
---------------------------	----	----

1 Detail-Recherche Zuger Polizei noch nicht abgeschlossen. Kann zu leicht höherer Zahl führen.

V. Jugendanwaltschaft

Als Untersuchungsbehörde im Verfahren gegen Kinder und Jugendliche

	2006	2007
1. Strafklagen und Strafanzeigen		
a) Anzahl		
vom Vorjahr anhängig	50	61
Neueingänge	493	448
	Total 543	509
b) Erledigung		
Strafbefehle durch das Einzelrichteramt	329	340
Eröffnung einer Untersuchung (Überweisung)	5	5
Urteil	2	1
Einstellung des Verfahrens	67	82
anderweitige Erledigungen	79	59
Total Erledigungen	482	487
Übertrag auf das folgende Jahr	61	22
	Total 543	509
c) Sanktionen gegen Jugendliche im Strafbefehlsverfahren		
aa) Bussen (ohne durch die Zuger Polizei erhobene SVG-Ordnungsbussen oder aufgrund von Bedenkfrizzetteln einbezahlte Bussen)		
unbedingt	175	140
bedingt	2	1
Bussenertrag	16 315.00	12 960.00
bb) Freiheitsentzug		
unbedingt	-	-
bedingt	1	5
cc) Verweise / Verwarnungen	41	133
dd) Persönliche Leistung		
unbedingt	53	109
bedingt	-	2
ee) Absehen von Strafe	31	34

	2006	2007
ff) Verzicht auf Zusatzstrafe	2	-
gg) Freispruch	-	16
d) Sanktionen gegen Kinder ¹		
aa) Erziehungsmassnahmen (Art. 84 StGB)	2	-
bb) Verweise / Verwarnungen	45	-
cc) Arbeitsleistung	46	-
dd) Schularrest	-	-
ee) Absehen von Strafe	24	-
ff) Verzicht auf Zusatzstrafe	1	-
e) Delikte		
Tatbestände des StGB		
strafbare Handlungen gegen Leib und Leben	92	106
strafbare Handlungen gegen das Vermögen	296	297
strafbare Handlungen gegen die Ehre und den Geheim- und Privatbereich	4	4
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	82	61
strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	4	19
Verbrechen und Vergehen gegen die Familie	-	-
gemeingefährliche Verbrechen oder Vergehen	1	8
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Verkehr	1	-
Fälschung von Geld, amtlichen Wertzeichen, amtlichen Zeichen, Mass und Gewicht	9	2
Urkundenfälschung	5	15
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Frieden	-	-
strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt	-	2
Verbrechen und Vergehen gegen die Rechtspflege	3	2
strafbare Handlungen gegen die Amts- und Berufspflicht	-	-
Übertretungen bundesrechtlicher Bestimmungen	2	-
Tatbestände des SVG	241	330
Zuwiderhandlung gegen das BetmG	81	84
Tatbestände anderer Bundeserlasse und kantonaler Gesetze		
BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer	5	1
Gewässerschutzgesetz	-	-
Transportgesetz	46	32

1 Gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007, gibt es den Begriff «Kinder» im Strafverfahren nicht mehr. Neu wird einheitlich der Begriff «Jugendliche» verwendet.

	2006	2007
Umweltschutzgesetz	-	-
Bahnpolizeigesetz	9	12
Waffengesetz	10	7
Gesetz über den unlauteren Wettbewerb	-	-
BG über explosionsgefährliche Stoffe	-	-
Tatbestände des Polizeistrafgesetzes	55	39
Bauvorschriften	-	-
Tatbestände anderer kantonaler Gesetze	-	4
Tatbestände anderer Bundeserlasse	3	2

2. Strafuntersuchungen

a) Anzahl		
vom Vorjahr anhängig	3	4
Neueingänge	8	2
Total	11	6

b) Erledigung		
Einstellung des Verfahrens	-	-
Beurteilung im Verfahren gegen Kinder / Urteil	2	1
Überweisung an die Staatsanwaltschaft im Verfahren gegen Jugendliche	5	5
Übertrag auf das folgende Jahr	4	-
Total	11	6

3. Verfahrensdauer

Verfahren von ... Monaten	0-3	3-6	6-12	12-24	über 24	Total
2006:	450	24	8	-	-	482
2007:	451	21	10	5	-	487

VI. Staatsanwaltschaft

	2006	2007
1. Anklageverfahren		
a) vom Vorjahr anhängig	56	58
Neueingänge im ordentlichen Verfahren		
Überweisung durch		
- Untersuchungsrichteramt	147	122
- Jugendanwaltschaft	5	5
- Verwaltungsbehörden	-	2
Neueingänge im abgekürzten Verfahren		
Übermittlung durch		
- Untersuchungsrichteramt	10	12
- Jugendanwaltschaft	-	-
- Strafgericht (Rückzug der Anklage zwecks Durchführung des abgekürzten Verfahrens)	-	-
Ablehnung der Urteilsvorschläge im abgekürzten Verfahren		
Rückweisung durch		
- Strafgericht	-	-
- Einzelrichteramt	-	-
- Jugendgericht	-	-
Rückweisung durch Einzelrichteramt mangels sachlicher Zuständigkeit	2	-
Abtrennung von überwiesenen Verfahren	1	-
Total	221	199
b) Erledigungen im ordentlichen Verfahren		
- Anklagen an das Strafgericht	26	15 ¹

1 Dabei wurden insgesamt 22 Personen angeklagt.

	2006	2007
- Anklagen an das Einzelrichteramt	114	106 ¹
- Anklagen an das Jugendgericht	5	5
Erledigungen im abgekürzten Verfahren		
- Urteilsvorschläge an das Strafgericht	12	8
- Urteilsvorschläge an das Einzelrichteramt	3	8
- Urteilsvorschläge an das Jugendgericht	-	-
- abgekürztes Verfahren gescheitert		
Rückweisungen an das Untersuchungsrichteramt	2	-
Vereinigung von überwiesenen Verfahren	1	2
Total Erledigungen	163	144
Übertrag auf das folgende Jahr	58	55
Total	221	199

c) Von den Ende 2007 pendenten Verfahren wurden anhängig gemacht:

2006: 5 2007: 50 Total: 55

d) Dauer der erledigten Verfahren

aa) Anklagen/Urteilsvorschläge an das Strafgericht binnen ... Monaten nach Eingang

	1-3	3-6	6-9	9-12	12-24	Total
2006:	14	4	7	6	7	38
2007:	9	1	3	2	8	23

bb) Anklagen/Urteilsvorschläge an das Einzelrichteramt binnen ... Monaten nach Eingang

	1-3	3-6	6-9	9-12	12-24	Total
2006:	50	48	12	5	2	117
2007:	41	39	24	8	2	114

cc) Anklagen/Urteilsvorschläge an das Jugendgericht binnen ... Monaten nach Eingang

	1-3	3-6	6-9	9-12	12-24	Total
2006:	5	-	-	-	-	5
2007:	5	-	-	-	-	5

2. Justizkontrolle und Rechtsmittel

a) Zahl der eingegangenen Strafbefehle und Einsprachen

Strafbefehle des Einzelrichters (gegen Erwachsene)	5397	5292
Strafbefehle des Einzelrichters (gegen Jugendliche)	329	340
Einsprachen durch die Staatsanwaltschaft	-	-

1 Inklusive zweier Verfahren, die im Jahre 2007 erledigt wurden, beim Einzelrichteramt wegen EDV-Umstellung aber nicht mehr eingetragen werden konnten.

	2006	2007
b) Einstellungsverfügungen des Untersuchungsrichteramtes		
formelle Einstellungen (§ 34 StPO)	824	758
provisorische Einstellungen nach Art. 66ter StGB	21	21
andere einstweilige Einstellungen	81	89
Teileinstellungen / Teilüberweisungen an das Einzelrichteramt zur Erledigung durch Strafbefehl	32	32
Beschwerden durch die Staatsanwaltschaft	2	3
c) Einstellungsverfügungen des Jugendanwaltes		
Formelle Einstellungen (im Verfahren gegen Jugendliche)	–	9
Beschwerden durch die Staatsanwaltschaft	–	1
d) Berufungen und Beschwerden		
gegen Urteile des Einzelrichters	–	–
gegen erstinstanzliche Urteile des Jugendgerichts	–	–
gegen erstinstanzliche Urteile des Strafgerichts	–	3
e) Anschlussberufungen		
gegen Urteile des Einzelrichters	–	2
gegen erstinstanzliche Urteile des Jugendgerichts	–	–
gegen erstinstanzliche Urteile des Strafgerichts	2	5
f) Beschwerden in Strafsachen an das Bundesgericht		
gegen Urteile der Berufungskammer des Strafgerichts	–	–
gegen Urteile des Obergerichts	–	–

3. Weitere Verfahren

a) Teilnahme an Untersuchungsverfahren	9	8
b) Teilnahme an Verfahren betreffend		
Bewilligung des unentgeltlichen Rechtsbeistands	2	–
Wiederherstellung einer Frist	3	5
Widerruf des bedingten Strafvollzugs	–	–
Änderung von Massnahmen	–	4
Vollzug/Nichtvollzug aufgeschobener Freiheitsstrafen	4	1
Umwandlung von Busse in Haft	4	2
Sanktionen gegen Kinder	1	–
Wiederaufnahme (Revision)	3	1
Total	26	21

	2006	2007
4. Internationale Rechtshilfe in Strafsachen		
a) Zahl der Verfahren		
vom Vorjahr anhängig	63	48
Neueingänge	99	98
	Total	146
b) Erledigung durch		
Zustellung	29	17
Untersuchungshandlungen (Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme von Beweismitteln, Einvernahmen usw.)	74	58
Abtretung an andere Behörden	11	15
Total Erledigungen	114	90
Übertrag auf das folgende Jahr	48	56
	Total	146
c) Die Ende 2007 pendenten Verfahren wurden anhängig gemacht:		
1999: 1 2001: 2 2002: 1 2004: 5 2005: 3 2006: 10 2007: 37 Total: 56		

VII. Jugendgericht

	2006	2007
1. Als erste Instanz im Verfahren gegen Jugendliche		
a) Anzahl der Straffälle		
vom Vorjahr anhängig	2	–
Neueingänge	5	5
Total	7	5
b) Erledigung		
Schuldspruch	5	2
Schuldspruch / teilweiser Freispruch	1	2
Freispruch	–	–
Einstellung des Verfahrens	–	–
Vereinigung (Ergänzungsanklagen)	1	–
Änderung von Massnahmen	–	–
aus anderen Gründen	–	–
Total Erledigungen	7	4
Übertrag auf das folgende Jahr	–	1
Total	7	5
2. Als Berufungsinstanz gegen Urteile der Jugendanwaltschaft im Verfahren gegen Kinder ¹		
a) Zahl der Berufungen		
vom Vorjahr anhängig	–	–
Neueingänge	1	–
Total	1	–

1 Gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007, gibt es den Begriff «Kinder» im Strafverfahren nicht mehr. Neu wird einheitlich der Begriff «Jugendliche» verwendet.

	2006	2007
b) Erledigung		
gänzliche oder teilweise Gutheissung	-	-
Abweisung	-	-
Nichteintreten	-	-
Rückzug	-	-
Einstellung des Verfahrens	1	-
Rückweisung	-	-
aus anderen Gründen	-	-
Total Erledigungen	1	-
Übertrag auf das folgende Jahr	-	-
	Total	1
		-

VIII. Strafgericht

	2006	2007
Das Strafgericht als erste Instanz		
1. Anklagen der Staatsanwaltschaft im ordentlichen Verfahren		
a) Anzahl der Anklagen		
vom Vorjahr anhängig	48	42
Neueingänge	29	22
	Total	64
b) Erledigung		
Schuldspruch	7	6
Schuldspruch / teilweiser Freispruch	19	21
Freispruch	7	12
Einstellung des Verfahrens	-	-
Rückweisung	-	-
Vereinigung (Ergänzungsanklagen)	2	3
aus anderen Gründen	-	-
	Total Erledigungen	42
Übertrag auf das folgende Jahr	42	22
	Total	64
c) Die beurteilten Anklagen betrafen		
strafbare Handlungen gegen Leib und Leben	5	8
strafbare Handlungen gegen das Vermögen	67	101
strafbare Handlungen gegen die Ehre und den Geheim- oder Privatbereich	1	-
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	13	15
strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	6	13
Verbrechen und Vergehen gegen die Familie	-	1
gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen	-	1
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Verkehr	-	1
Fälschung von Geld, amtlichen Wertzeichen, amtlichen Zeichen, Mass und Gewicht	1	-

	2006	2007	
Urkundenfälschung	9	20	
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Frieden	–	–	
strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt	1	5	
Verbrechen und Vergehen gegen die Rechtspflege	9	18	
strafbare Handlungen gegen die Amts- und Berufspflicht	–	1	
Übertretungen bundesrechtlicher Bestimmungen (Art. 323 ff. StGB)	1	–	
strafbare Handlungen gemäss Nebenstrafgesetzen des Bundes	5	8	
Übertretungen kantonalrechtlicher Bestimmungen	3	–	
Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz	4	19	
Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz	1	4	
d) Persönliche Verhältnisse der Beschuldigten			
Geschlecht:	männlich	33	37
	weiblich	–	2
Staatsangehörigkeit:	Schweizer	17	26
	Ausländer	16	13
e) Strafen ¹			
Freiheitsstrafe unbedingt	13	11	
Freiheitsstrafe teilbedingt	–	5	
Freiheitsstrafe bedingt	12	7	
Geldstrafe unbedingt	–	1	
Geldstrafe teilbedingt	–	–	
Geldstrafe bedingt	–	2	
mit Freiheitsstrafe verbundene Geldstrafe	–	1	
mit Freiheitsstrafe verbundene Busse	8	4	
Busse	1	–	
Gemeinnützige Arbeit unbedingt	–	–	
Gemeinnützige Arbeit teilbedingt	–	–	
Gemeinnützige Arbeit bedingt	–	–	
von Bestrafung Umgang genommen	–	1	
f) Massnahmen ¹			
Stationäre therapeutische Massnahmen:			
Behandlung von psychischen Störungen (Art. 59 StGB)	–	–	
Suchtbehandlung (Art. 60 StGB)	–	1	
Kombinierte stationäre Behandlung (Art. 59 und 60 StGB)	–	2	
Massnahmen für junge Erwachsene (Art. 61 StGB)	–	–	
Ambulante Behandlung (Art. 63 StGB)	–	3	
Verwahrung (Art. 64 StGB)	–	–	

1 Strafen und Massnahmen gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007

	2006	2007
Andere Massnahmen:		
Berufsverbot	-	-
Fahrverbot	-	-
Urteilspublikation	-	-
Einziehung von Vermögenswerten (Art. 70 ff. StGB)	8	2
Landesverweisung ¹	8	-

g) Dauer der erledigten Anklageverfahren

Verfahren mit Dauer von ... Monaten

	0-3	3-6	6-9	9-12	12-24	24-36	über 36	Total
2006:	8	2	7	-	16	2	-	35
2007:	4	9	6	-	12	1	10	42

2. Revisionsgesuche

a) Anzahl der Gesuche (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)	-	-
b) Erledigung:		
Gutheissung	-	-
Abweisung	-	-
Nichteintreten	-	-
Übertrag auf das folgende Jahr	-	-
Total	-	-

3. Weitere Geschäfte

Entscheide betreffend Löschung von Urteilen im Strafregister ²	15	-
Umwandlung von Busse in Haft bzw. Freiheitsstrafe	-	-
Änderung von Massnahmen	-	1
Entscheide betreffend Vollzug/Nichtvollzug aufgeschobener Strafen	1	-
Entscheide betreffend Widerruf des bedingten Strafvollzuges	-	-
übrige	-	-

Das Strafgericht als Bestätigungsinstanz im abgekürzten Verfahren gemäss §§ 69^{ter} ff. StPO

a) Anzahl der Anklagen der Staatsanwaltschaft vom Vorjahr anhängig	-	2
Neueingänge	12	8
Total	12	10

1 gerichtliche Landesverweisung aufgehoben gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007

2 Löschung im Strafregister entfällt gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007

	2006	2007
b) Erledigung		
Bestätigung der Anklageschrift	10	8
Rückweisung zur Durchführung des ordentlichen Verfahrens	-	-
Total Erledigungen	10	8
Übertrag auf das folgende Jahr	2	2
Total	12	10
c) Strafen ¹		
Freiheitsstrafe unbedingt	4	2
Freiheitsstrafe teilbedingt	-	1
Freiheitsstrafe bedingt	6	5
Geldstrafe unbedingt	-	-
Geldstrafe teilbedingt	-	-
Geldstrafe bedingt	-	-
mit Freiheitsstrafe verbundene Geldstrafe	-	3
mit Freiheitsstrafe verbundene Busse	-	1
Busse	-	-
Gemeinnützige Arbeit unbedingt	-	-
Gemeinnützige Arbeit teilbedingt	-	-
Gemeinnützige Arbeit bedingt	-	-
von Bestrafung Umgang genommen	-	-
d) Massnahmen ²		
Stationäre therapeutische Massnahmen:		
Behandlung von psychischen Störungen (Art. 59 StGB)	1	-
Suchtbehandlung (Art. 60 StGB)	-	-
Kombinierte stationäre Behandlung (Art. 59 und 60 StGB)	-	-
Massnahmen für junge Erwachsene (Art. 61 StGB)	-	-
Ambulante Behandlung (Art. 63 StGB)	1	1
Verwahrung (Art. 64 StGB)	-	-
Andere Massnahmen:		
Berufsverbot	-	-
Fahrverbot	-	-
Urteilspublikation	-	-
Einziehung von Vermögenswerten (Art. 70 ff. StGB)	1	4
Landesverweisung ³	2	-

1 Strafen und Massnahmen gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007

2 Strafen und Massnahmen gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007

3 gerichtliche Landesverweisung aufgehoben mit neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007

Das Strafgericht als Berufungsinstanz**1. Geschäfte der Berufungskammer****1.1 Berufungen gegen Urteile des Einzelrichters**

a) Anzahl der Berufungen		
vom Vorjahr anhängig	13	8
Neueingänge (inkl. allfällige Rückweisungen durch das Bundesgericht)	14	16
Total	27	24
b) Erledigung		
gänzliche Guttheissung	7	4
teilweise Guttheissung	4	6
Abweisung	5	3
Nichteintreten	2	1
Rückzug	1	4
Einstellung des Verfahrens	–	1
Rückweisung	–	–
aus anderen Gründen	–	–
Total Erledigungen	19	19
Übertrag auf das folgende Jahr	8	5 ¹
Total	27	24
c) Die erledigten Berufungen betrafen		
strafbare Handlungen gegen Leib und Leben	3	3
strafbare Handlungen gegen das Vermögen	9	8
strafbare Handlungen gegen die Ehre und den Geheim- oder Privatbereich	–	1
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	1	3
strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	–	–
Verbrechen und Vergehen gegen die Familie	–	–
gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen	–	1
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Verkehr	–	–
Urkundenfälschung	2	–
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Frieden	–	–
strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt	2	1
Verbrechen und Vergehen gegen die Rechtspflege	1	1
Übertretungen bundesrechtlicher Bestimmungen (Art. 323 ff. StGB)	–	–
strafbare Handlungen gemäss Nebenstrafgesetzen des Bundes	–	4
Übertretungen kantonrechtlicher Bestimmungen	3	2

1 Übertragung an das Obergericht per 1. Januar 2008 (Einführung Staatsanwaltschaftsmodell)

	2006	2007
Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz	11	6
Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz	1	1
Umwandlung von Busse in Haft bzw. Freiheitsstrafe	-	1

d) Dauer der erledigten Berufungsverfahren

Berufungen mit Dauer von ... Monaten

	0-3	3-6	6-9	9-12	12-24	24-36	über 36	Total
2006:	4	10	3	1	1	-	-	19
2007:	8	6	1	2	2	-	-	19

1.2 Berufungen gegen Urteile des Jugendgerichts

a) Anzahl der Berufungen

vom Vorjahr anhängig	-	-
Neueingänge	-	-
Total	-	-

b) Erledigung

gänzliche Gutheissung	-	-
teilweise Gutheissung	-	-
Abweisung	-	-
Nichteintreten	-	-
Rückzug	-	-
Einstellung des Verfahrens	-	-

Übertrag auf das folgende Jahr	-	-
Total	-	-

1.3 Revisionsgesuche

a) Anzahl der Gesuche (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)

	-	1
b) Erledigung:		
Gutheissung	-	-
Abweisung	-	1
Nichteintreten	-	-

Übertrag auf das folgende Jahr	-	-
Total	-	1

1.4 Weitere Geschäfte

Entscheide betreffend Löschung von Urteilen im Strafregister ¹	14	1
Umwandlung von Busse in Haft bzw. Freiheitsstrafe	-	1

1 Löschung im Strafregister entfällt gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007.

	2006	2007
Änderung von Massnahmen	-	-
Entscheide betreffend Vollzug/Nichtvollzug aufgeschobener Strafen	-	-
Entscheide betreffend Widerruf des bedingten Strafvollzuges	-	-
übrige	-	-

2. Weiterzug an das Bundesgericht

a) Rechtsmittel		
Pendenzen aus dem Vorjahr	2	-
Nichtigkeitsbeschwerden ¹	2	-
Staatsrechtliche Beschwerden ¹	3	-
Beschwerden in Strafsachen ¹	-	4
Total	7	4
b) Erledigung durch das Bundesgericht		
gänzliche Gutheissung	-	-
teilweise Gutheissung	-	-
Abweisung	5	1
Nichteintreten	2	2
Rückzug	-	-
gegenstandslos	-	-
Übertrag auf das folgende Jahr	-	1
Total	7	4

Strafgerichtspräsidium

Anordnungen betreffend amtliche Verteidigung während der Untersuchung gemäss § 2 Abs. 3 StPO	94	56
Anordnungen betreffend Zwangs- und weitere Massnahmen vor Eingang der Anklage gemäss § 2 Abs. 2 Ziff. 2 StPO	8	6
Entscheide betreffend Genehmigung von Überwachungs- massnahmen gemäss § 21 ^{ter} StPO	21	29
Entscheide betreffend Löschung von Urteilen im Strafregister gemäss § 5 Abs. 2 der Verordnung über den Betrieb des autom. Strafregisters ²	9	1

- 1 Beschwerde in Strafsachen gemäss BGG, in Kraft seit 1. Januar 2007, an Stelle der Nichtigkeitsbeschwerde und der staatsrechtlichen Beschwerde
- 2 Löschung im Strafregister entfällt gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007.

IX. Kantonsgerichtspräsidium

	2006	2007
1. Einzelrichter im ordentlichen Verfahren		
Zivilprozesse mit Streitwert von über CHF 300.– bis CHF 8000.– (§ 7 Abs. 1 i.V.m. § 4 Abs. 1 GOG)		
a) Zahl der Prozesse		
vom Vorjahr anhängig	120	98
Neueingänge	358	341
Total	478	439
b) Art der Erledigung		
durch Urteil:		
gänzliche Gutheissung	261	219
teilweise Gutheissung	10	9
Abweisung	6	11
durch Verfügung:		
Nichteintreten	–	2
gegenstandslos	12	14
Vergleich	48	39
Rückzug der Klage	13	23
Anerkennung der Klage	19	7
aus anderen Gründen	11	13
Total Erledigungen	380	337
Übertrag auf das folgende Jahr	98	102
Total	478	439
c) Die erledigten Prozesse betrafen (in der Hauptsache):		
Ehescheidung	199	190
Kauf, Tausch, Schenkung	21	13
Miete, Pacht	15	8
Arbeitsvertrag	34	23
Werkvertrag, Verlagsvertrag	28	32
Auftrag, Geschäftsführung ohne Auftrag, Akkreditiv	9	18
Innominatverträge	21	9

	2006	2007
andere Rechtsgebiete	53	44
Total	380	337

d) Die Ende 2007 pendenten Prozesse wurden anhängig gemacht:
 2004: – 2005: – 2006: – 2007: 102 Total 102

e) Dauer der erledigten Prozesse

Prozesse mit Dauer von ... Monaten

	1 – 3	3 – 6	6 – 12	12 – 24	über 24	Total
2006:	150	202	19	6	3	380
2007:	104	200	20	6	7	337

2. Summarisches Verfahren

a) Befehlsverfahren (§ 129 ff. ZPO) und Verfügungen auf Grundlage des Zivilrechts (§ 135 ZPO)

aa) Zahl der Verfahren

vom Vorjahr anhängig	123	140
Neueingänge	536	542
Total	659	682

bb) Art der Erledigung

Gutheissung	191	182
teilweise Gutheissung	21	30
Abweisung	31	45
Nichteintreten	6	3
gegenstandslos	63	60
Vergleich	79	74
Rückzug	46	37
Anerkennung	3	–
aus anderen Gründen	79	71
Total Erledigungen	519	502
Übertrag auf das folgende Jahr	140	180
Total	659	682

cc) Die erledigten Verfahren betrafen (in der Hauptsache):

Personenrecht	10	4
Familien- und Vormundschaftsrecht (davon Massnahmen zum Schutz der ehelichen Gemeinschaft 2006: 132 2007: 138)	172	201
Erbrecht	40	31
Nachbarrecht/Besitzerschutz	57	26

	2006	2007
übriges Sachenrecht (davon Eintragung von Bauhandwerkerpfandrechten 2006: 22 2007: 22)	31	30
Ausweisung von Mietern und Pächtern	41	43
übrige miet- und pachtrechtliche Verfügungen	2	11
Handels- und Gesellschaftsrecht (davon Einsetzung Revisionsstelle 2006: 69 2007: 57)	74	66
Wertpapierrecht (davon Kraftloserklärung Wertpapiere 2006: 34 2007: 31)	34	31
Immaterialgüterrecht / UWG	8	11
Vollstreckung rechtskräftiger Urteile	9	4
Sicherstellung gefährdeter Beweise	38	41
übriges Obligationenrecht	2	1
andere Rechtsgebiete	1	2
Total	519	502

dd) Dauer der erledigten Verfahren:

Verfahren mit Dauer von ... Monaten

	1-3	3-6	6-12	12-24	über 24	Total
2006:	368	78	38	31	4	519
2007:	329	90	51	28	4	502

ee) Kraftloserklärung von Grundpfandverschreibungen

Anzahl Gesuche

vom Vorjahr anhängig	2	1
Neueingänge	6	8
Total	8	9

erledigt	7	6
Übertrag auf das folgende Jahr	1	3

b) Verfügungen in Betreibungs- und Konkursachen (§ 136 ZPO)

aa) Rechtsöffnungsrichter

Anzahl Verfahren

vom Vorjahr anhängig	115	98
Neueingänge	794	723
Total	909	821

erledigt	811	733
Übertrag auf das folgende Jahr	98	88

Die erledigten Verfahren betrafen:

definitive Rechtsöffnung	500	402
provisorische Rechtsöffnung	286	283

	2006	2007
Aufnahme eines Güterverzeichnisses	-	-
Bewilligung des nachträglichen Rechtsvorschlags	-	-
Rechtsvorschlag in Wechselbetreibung	-	-
Feststellung des neuen Vermögens	22	46
Aufhebung der Betreibung	1	-
Vollstreckung ausländischer Urteile	2	2

bb) Konkursrichter

Anzahl Verfahren

vom Vorjahr anhängig	39	55
Neueingänge	583	570
Total	622	625

erledigt	567	583
Übertrag auf das folgende Jahr	55	42

Die erledigten Verfahren betrafen:

Konkurseröffnung in ordentlicher Betreibung	478	499
Konkurseröffnung in Wechselbetreibung	4	-
Konkurseröffnung ohne vorgängige Betreibung	2	4
Insolvenzerklärungen	69	67
Bilanzdeponierung durch Revisionsstelle	6	8
Aufnahme eines Güterverzeichnisses	1	3
weitere Verfügungen Konkursrichter	7	2

Zahl der Konkurseröffnungen:

in ordentlicher Betreibung	144	149
in Wechselbetreibung	2	-
ohne vorgängige Betreibung / Insolvenzerklärungen / Bilanzdeponierung durch Revisionsstelle	75	73
konkursamtliche Nachlassliquidation	22	15

Weitere Verfügungen des Konkursrichters:

Widerruf des Konkurses	5	8
Anordnung des summarischen Verfahrens	104	112
Einstellung des Konkursverfahrens (unter Vorbehalt der Nichtleistung des Kostenvorschusses)	166	131
Schluss des Konkursverfahrens	113	108

cc) Nachlassstundung

Anzahl Gesuche:

vom Vorjahr anhängig	2	-
Neueingänge	2	4
Total	4	4

	2006	2007
erledigt	4	3
Übertrag auf das folgende Jahr	-	1
dd) Private Schuldenbereinigung		
Anzahl Gesuche		
vom Vorjahr anhängig	-	-
Neueingänge	-	-
Total	-	-
erledigt	-	-
Übertrag auf das folgende Jahr	-	-
ee) Arrest		
Anzahl Gesuche		
vom Vorjahr anhängig	-	-
Neueingänge	21	52
Total	21	52
bewilligt	10	41
teilweise bewilligt	-	-
nicht bewilligt	6	4
Rückzug	-	-
Nichteintreten	-	-
Einsprache gegen Arrestbefehl	5	7
Übertrag auf das folgende Jahr	-	-
c) Erledigung auswärtiger Rechtshilfegesuche		
vom Vorjahr anhängig	-	2
Neueingänge	19	20
Total	19	22
erledigt	17	17
Übertrag auf das folgende Jahr	2	5
d) Übersicht über die Verfügungen im summarischen Verfahren		
vom Vorjahr anhängig	281	296
Neueingänge	1961	1919
Total	2242	2215
erledigt	1946	1896
Übertrag auf das folgende Jahr	296	319

2006

2007

3. Gesuche um unentgeltliche Prozessführung im Verfahren vor dem Einzelrichter und dem Kantonsgericht

a) Zahl der Gesuche		
vom Vorjahr anhängig	23	25
Neueingänge	210	188
	Total	233
		213
b) Erledigung		
Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und des unentgeltlichen Rechtsbeistandes	109	113
Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege	35	32
Bewilligung des unentgeltlichen Rechtsbeistandes	–	–
Abweisung, Rückzug, Gegenstandslosigkeit, Nichteintreten	64	48
Total Erledigungen	208	193
Übertrag auf das folgende Jahr	25	20
	Total	233
		213

X. Kantonsgericht

	2006	2007
1. Zivilprozesse		
a) Zahl der Prozesse (inkl. allfällige Rückweisungen durch das Obergericht und Revisionsgesuche) vom Vorjahr anhängig	414	389
Neueingänge	344	367
Total	758	756
b) Art der Erledigung		
durch Urteil: gänzliche Gutheissung	123	102
teilweise Gutheissung	25	33
Abweisung	29	31
durch Beschluss: Nichteintreten	4	2
gegenstandslos	15	15
Vergleich	97	94
Rückzug der Klage	35	52
Anerkennung der Klage	11	6
aus anderen Gründen	30	34
Total Erledigungen	369	369
Übertrag auf das folgende Jahr	389	387
Total	758	756
c) Die erledigten Prozesse betrafen (in der Hauptsache):		
Personenrecht	3	3
Familien- und Vormundschaftsrecht (davon Ehescheidungen 2006: 69 2007: 64)	104	100
Erbrecht	6	6
Sachenrecht	15	12
unerlaubte Handlungen	2	11
ungerechtfertigte Bereicherung	3	-
Kauf, Tausch, Schenkung	35	29

	2006	2007
Miete, Pacht	3	12
Arbeitsvertrag	37	40
Leihe, Darlehen, Kontokorrent	16	10
Werkvertrag, Verlagsvertrag	32	33
Auftrag, Geschäftsführung ohne Auftrag, Akkreditiv	30	30
Agentur-, Alleinvertriebsvertrag	4	3
Mäklervertrag, Kommission, Trödelvertrag	5	6
Fracht-, Speditions-, Hinterlegungsvertrag	4	1
Bürgschaft, Garantievertrag	2	4
einfache Gesellschaft	2	2
Innominatverträge	20	21
Gesellschafts- und Handelsrecht	11	19
Wertpapierrecht	1	-
Immaterialgüterrecht	4	2
unlauterer Wettbewerb	1	2
Privatversicherungsrecht	8	5
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	20	18
übrige Rechtsgebiete	1	-
Total	369	369

d) Die Ende 2007 pendenten Prozesse wurden anhängig gemacht (davon sistiert *):

1999: 1 (1)	2001: 6 (2)	2002: 2 (-)	2003: 6 (-)		
2004: 17 (4)	2005: 40 (5)	2006: 81 (7)	2007: 234 (11)	Total: 387	

* Die sistierten Prozesse können zur Zeit aufgrund von Gegebenheiten, welche nicht beim Gericht liegen, nicht weitergeführt werden.

e) Dauer der erledigten Prozesse

Prozesse mit Dauer von ... Monaten

	0 – 3	3 – 6	6 – 12	12 – 24	über 24	Total
2006:	62	72	111	71	53	369
2007:	47	81	96	93	52	369

2. Weitere Geschäfte

Moderation	-	-
------------	---	---

3. Zeitliche Beanspruchung des Kantonsgerichts

Plenarsitzungen	6	7
Sitzungen der Abteilungen	99	107

XI. Obergericht

	2006	2007
Als Zivilinstanz		
1. Zivilprozesse		
a) Zahl der Berufungen (inkl. allfällige Rückweisungen durch das Bundesgericht und Revisionsgesuche vom Vorjahr anhängig)	37	51
Neueingänge	56	41
Total	93	92
b) Erledigung der Berufungen		
durch Urteil: gänzliche Gutheissung	3	2
teilweise Gutheissung	6	7
Abweisung	14	27
Rückweisung	–	2
durch Beschluss: Nichteintreten	8	5
Rückzug der Berufung	4	4
gegenstandslos	1	1
Vergleich	5	2
aus anderen Gründen	1	–
Total Erledigungen	42	50
Übertrag auf das folgende Jahr	51	42
Total	93	92
c) Die erledigten Berufungen betrafen (in der Hauptsache):		
Personenrecht	–	–
Familien- und Vormundschaftsrecht	4	4
Erbrecht	1	2
Sachenrecht	2	3
unerlaubte Handlungen	3	1
ungerechtfertigte Bereicherung	–	2
Kauf, Tausch, Schenkung	6	6

	2006	2007
Miete, Pacht	1	2
Leihe, Darlehen, Kontokorrent	2	2
Arbeitsvertrag	2	4
Werk-, Verlagsvertrag	6	3
Auftrag, Geschäftsführung ohne Auftrag, Akkreditiv	4	8
Agentur-, Alleinvertriebsvertrag	–	–
Mäklervertrag, Kommission, Trödelvertrag	1	1
Fracht-, Speditions-, Hinterlegungsvertrag	–	–
Bürgschaft, Garantievertrag	1	1
einfache Gesellschaft	1	1
Innominatverträge	3	2
Gesellschafts- und Handelsrecht	3	1
Wertpapierrecht	–	–
unlauterer Wettbewerb	–	–
Privatversicherungsrecht	1	3
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	–	2
andere Rechtsgebiete	1	2
Total	42	50

d) Die Ende 2007 pendenden Prozesse wurden anhängig gemacht (davon sistiert *):

1998: 2 (2)	2003: 1 (1)	2004: 1 (–)	
2005: 1 (–)	2006: 8 (–)	2007: 29 (2)	Total: 42 (5)

* Die sistierten Prozesse können zurzeit aufgrund von Gegebenheiten, welche nicht beim Gericht liegen, nicht weitergeführt werden.

e) Dauer der erledigten Berufungsverfahren

Berufungen mit Dauer von ... Monaten

	1–3	3–6	6–9	9–12	12–24	24–36	über 36	Total
2006:	10	3	8	7	11	2	1	42
2007:	6	8	3	13	18	1	1	50

f) Weiterzug an das Bundesgericht

aa) Rechtsmittel (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)

Beschwerde in Zivilsachen ¹	–	13
subsidiäre Verfassungsbeschwerde ¹	–	2
Berufungen	17	3
Nichtigkeitsbeschwerden	–	–
staatsrechtliche Beschwerden	7	1
Total	24	19

1 Neues Rechtsmittel gemäss BGG, in Kraft seit 1. Januar 2007

	2006	2007
bb) Erledigung durch das Bundesgericht		
gänzliche Gutheissung	4	-
teilweise Gutheissung	1	-
Abweisung	8	9
Rückweisung	-	-
Nichteintreten	7	3
Rückzug	1	-
gegenstandslos	2	-
Übertrag auf das folgende Jahr	1	7
Total	24	19

2. Nichtigkeitsbeschwerden gegen Schiedsgerichtsurteile

vom Vorjahr anhängig	1	1
Neueingänge	1	-
Total	2	1

Als Strafinstanz

1. Berufungen

a) Zahl der Berufungen (inkl. Berufungen von Privatklägern und Dritten sowie allfällige Rückweisungen durch das Bundesgericht und Revisionsgesuche)		
vom Vorjahr anhängig	16	16
Neueingänge (davon Berufungen von Privatklägern und Dritten 2006: 3 2007: 5)	10	17
Total	26	33

b) Erledigung		
gänzliche Gutheissung	-	1
teilweise Gutheissung	2	4
Abweisung	7	6
Nichteintreten	-	1
Rückzug oder gegenstandslos	1	2
Total Erledigungen	10	14
Übertrag auf das folgende Jahr	16	19
Total	26	33

c) Delikte der Verurteilten		
strafbare Handlungen gegen Leib und Leben	-	1
strafbare Handlungen gegen das Vermögen	9	17

	2006	2007
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	–	3
strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	2	–
Verbrechen und Vergehen gegen die Familie	–	–
Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen	–	–
Urkundenfälschung	2	1
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Frieden	–	–
strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt	–	2
Verbrechen und Vergehen gegen die Rechtspflege	–	–
strafbare Handlungen gemäss Nebenstrafgesetzen des Bundes	–	1
Übertretungen kantonal-rechtlicher Bestimmungen (PStG)	–	–
Übertretungen des Strassenverkehrsgesetzes	2	2
strafbare Handlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz	–	–

d) Die Ende 2007 pendenten Berufungsverfahren wurden im Berichtsjahr anhängig gemacht:
 2006: 6 2007: 13

e) Dauer der erledigten Berufungsverfahren

Berufungen mit Dauer von ... Monaten

	1–3	3–6	6–9	9–12	12–24	24–36	über 36	Total
2006:	1	2	2	1	4	–	–	10
2007:	1	1	2	1	–	9	–	14

f) Weiterzug an das Bundesgericht

aa) Rechtsmittel (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)

Beschwerde in Strafsachen ¹	–	5
subsidiäre Verfassungsbeschwerde ¹	–	–
Nichtigkeitsbeschwerden	8	4
staatsrechtliche Beschwerden	8	3
Total	16	12

bb) Erledigung durch das Bundesgericht

gänzliche Gutheissung	–	–
teilweise Gutheissung	1	–
Abweisung	13	7
Rückweisung	1	–
Nichteintreten	1	1
Rückzug oder gegenstandslos	–	–
 Übertrag auf das folgende Jahr	 –	 4
Total	16	12

1 Neues Rechtsmittel gemäss BGG, in Kraft seit 1. Januar 2007

	2006	2007
2. Weitere Geschäfte (erledigte Geschäfte) ¹		
Löschung von Urteilen im Strafregister ²	2	-
Anordnungen Sanktionsvollzug	-	-
Anordnungen Massnahmenvollzug	-	-
Verlängerung therapeutische Massnahme	-	1
Änderung Massnahme	-	-
Änderung Sanktion	-	-
Anordnungen gemäss Art. 95 StGB	-	-
Verwendung zugunsten Geschädigter	-	-
übrige	-	-
Total	2	1

Als Beschwerdeinstanz gegen Entscheide der Anwaltsprüfungskommission und der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte

1. Beschwerden gegen Entscheide der Anwaltsprüfungskommission betreffend Zulassung zur zugerischen Anwaltsprüfung, zur Eignungsprüfung gemäss Art. 31 BGFA sowie zum Gespräch gemäss Art. 32 BGFA		
Zahl der Verfahren (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)	-	-
Erledigung:		
Gutheissung	-	-
Abweisung	-	-
Nichteintreten	-	-
Übertrag auf das folgende Jahr	-	-
2. Beschwerden gegen Entscheide der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte		
Zahl der Verfahren (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)	3	4
Erledigung:		
Gutheissung	-	-
teilweise Gutheissung	-	2
Abweisung	2	-
Nichteintreten	1	1
Übertrag auf das folgende Jahr	-	1
Die erledigten Beschwerden gegen Entscheide der Aufsichtskommission betrafen		
Eintragung ins Anwaltsregister	-	-
Eintragung in die öffentliche Liste	-	-
Ermächtigung zur öffentlichen Beurkundung	-	-
Entbindung vom Berufs- bzw. Amtsgeheimnis	-	-
vorsorgliche Massnahmen im Sinne von § 18 EG BGFA	-	-
Disziplinarverfahren	3	3

1 Bezeichnungen gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007

2 Löschung im Strafregister entfällt gemäss neuem AT StGB, in Kraft seit 1. Januar 2007

	2006	2007
Als Verwaltungsinstanz		
Kostenerlassgesuche	24	19
Zulassung von Gerichtsberichterstatern	16	33

Justizkommission als Beschwerdeinstanz in Zivilsachen (§ 208 ZPO)

1. Zahl der Beschwerden

vom Vorjahr anhängig	24	25
Neueingänge	137	174
Total	161	199

2. Erledigung der Beschwerden

durch Urteil:		
gänzliche Gutheissung	32	43
teilweise Gutheissung	14	12
Abweisung	48	64
Rückweisung an die Vorinstanz	2	2
durch Beschluss:		
Nichteintreten	29	37
Rückzug	4	3
gegenstandslos	4	6
Vergleich	3	-
Total Erledigungen	136	167

Übertrag auf das folgende Jahr	25	32
Total	161	199

3. Art der erledigten Beschwerden

a) Materiell-rechtliche und prozessuale Beschwerden gegen Verfügungen des Einzelrichters im summarischen Verfahren betreffend:

Befehlsverfahren	-	1
Personenrecht	2	-
Familien- und Vormundschaftsrecht	11	22
Erbrecht	1	-
Sachenrecht	3	-
einzelne Vertragsverhältnisse gemäss OR	6	13
Gesellschafts- und Handelsrecht	3	8
Immaterialgüterrecht	1	2
Aufrechterhaltung des tatsächlichen Zustandes im Sinne von § 129 Ziff. 4 ZPO	-	-
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht		
- Bewilligung des nachträglichen Rechtsvorschlags	-	-
- Rechtsöffnung	28	38
- Eröffnung des Konkurses	44	45
- Nachlassstundung und -vertrag	-	-

	2006	2007
- Arrest	3	2
- übrige	2	1
gegen Unzuständigkeitserklärungen der Friedensrichter, des Kantonsgerichtspräsidenten als Einzelrichter und des Kantonsgerichts	1	1
gegen prozessleitende Verfügungen und Beschlüsse der Friedensrichter, des Kantonsgerichtspräsidenten als Einzelrichter und des Kantonsgerichts	2	11
gegen Verfügungen betreffend unentgeltliche Prozessführung	9	12
gegen Entscheide des Kantonsgerichtspräsidenten im Vollstreckungsverfahren	3	-
gegen Verhängung von Ordnungsbussen	-	2
gegen Verfügungen und Beschlüsse, durch die ein Dritter in seinen Rechten verletzt wird	2	-
gegen Beschlüsse des Kantonsgerichts betreffend Änderung eines Scheidungs- oder Vaterschaftsurteils	-	-
gegen Urteile des Kantonsgerichtspräsidenten und des Kantonsgerichts hinsichtlich Kostenauflegung	7	3
gegen Erledigungsbeschlüsse des Kantonsgerichts	3	3
Einsprachen gegen Verfügungen des Grundbuchbereinigungsamtes	-	-
b) Disziplinarbeschwerden		
wegen Verzögerung und Verweigerung der Rechtspflege	-	2
wegen ungebührlicher Behandlung durch Richter oder gerichtliche Beamte	4	1
übrige	-	-
c) Beschwerden mit kassatorischer Wirkung		
gegen Urteile der Friedensrichter wegen Verletzung materiellen Rechts, Aktenwidrigkeit und Verletzung bestimmter Prozessvorschriften	1	-
d) Weitere Geschäfte		
Revisionsgesuche	-	-
übrige	-	-
Total	136	167

4. Dauer der erledigten Beschwerdeverfahren

Verfahren mit Dauer von ... Monaten

	1-3	3-6	6-9	9-12	12-24	24-36	über 36	Total
2006:	104	22	6	3	-	-	1	136
2007:	101	49	11	2	2	-	2	167

Justizkommission als Beschwerdeinstanz in Strafsachen (§ 80 StPO)**1. Zahl der Beschwerden**

vom Vorjahr anhängig	21	27
Neueingänge	89	102
Total	110	129

2. Erledigung der Beschwerden

durch Urteil:	gänzliche Gutheissung	14	10
	teilweise Gutheissung	3	10
	Abweisung	45	45
durch Beschluss:	Nichteintreten	12	17
	Rückzug	3	2
	gegenstandslos	6	6
	Vereinigung von Verfahren	-	-
Total Erledigungen		83	90
Übertrag auf das folgende Jahr		27	39
Total		110	129

3. Art der erledigten Beschwerden

a)	Materiell-rechtliche und prozessuale Beschwerden gegen Untersuchungshandlungen		
	- Haftverfügungen	12	14
	- Akteneinsicht	5	6
	- Beschlagnahme	4	3
	- übrige	9	7
	gegen Nichtanhandnahme einer Anzeige oder Privatklage	10	7
	gegen Überweisungsverfügungen des Untersuchungsrichters	-	1
	gegen Einstellungsverfügungen des Untersuchungsrichters	16	17
	gegen Entscheide über die Auferlegung von Kosten und Zusprechung von Entschädigungen	13	21
	gegen Entscheide des Jugendanwalts oder des Jugendgerichts (§ 62 ^{bis} StPO)	-	-
	gegen Entscheide betreffend internationale Rechtshilfe	-	1
b)	Disziplinarbeschwerden		
	wegen Verzögerung oder Verweigerung der Rechtspflege	3	3
	gegen die Amtsführung gerichtlicher Behörden und Beamten	1	2
c)	Weitere Geschäfte		
	Ausstandsbegehren (§ 46 Ziff. 3 GOG)	2	2
	Amtliche Verteidigung	2	2
	übrige	6	4
	Total	83	90

4. Dauer der erledigten Beschwerdeverfahren

Beschwerden mit Dauer von ... Monaten

	0-3	3-6	6-9	9-12	12-24	24-36	über 36	Total
2006:	41	23	16	2	1	-	-	83
2007:	40	21	20	8	1	-	-	90

Justizkommission als Aufsichtsbehörde in Schuldbetreibungs- und Konkursachen**1. Beschwerden gegen Betreibungsämter (Art. 17 SchKG)**

	vom Vorjahr anhängig	Neu- eingänge	Gut- heissung	Ab- weisung	Nicht- eintreten	gegen- standslos	Rückzug	Pendent
2006								
Zug	2	9	2	2	2	4	1	-
Oberägeri	-	-	-	-	-	-	-	-
Unterägeri	-	2	-	1	-	1	-	-
Menzingen	-	-	-	-	-	-	-	-
Baar	1	5	-	5	1	-	-	-
Cham	-	2	-	1	1	-	-	-
Hünenberg	-	1	-	1	-	-	-	-
Steinhausen	-	-	-	-	-	-	-	-
Risch	-	1	-	-	1	-	-	-
Walchwil	-	2	-	1	-	-	-	1
Neuheim	-	-	-	-	-	-	-	-
Total	3	22	2	11	5	5	1	1

(Total Erledigungen: 24)

	vom Vorjahr anhängig	Neu- eingänge	Gut- heissung	Ab- weisung	Nicht- eintreten	gegen- standslos	Rückzug	Pendent
2007								
Zug	-	11	1	6	2	-	-	2
Ägerital	-	2	-	-	1	-	-	1
Menzingen	-	-	-	-	-	-	-	-
Baar	-	21	-	2	1	18	-	-
Cham	-	1	-	-	-	-	-	1
Hünenberg	-	-	-	-	-	-	-	-
Steinhausen	-	-	-	-	-	-	-	-
Risch	-	1	-	-	1	-	-	-
Walchwil	1	1	-	1	-	-	-	1
Neuheim	-	-	-	-	-	-	-	-
Total	1	37	1	9	5	18	-	5

(Total Erledigungen: 33)

	2006	2007
2. Beschwerden gegen das Konkursamt (Art. 17 SchKG)		
a) Zahl der Beschwerden		
vom Vorjahr anhängig	3	3
Neueingänge	11	6
	Total	9
b) Erledigung		
Gutheissung	–	3
Abweisung	3	2
Nichteintreten	5	1
Rückzug	2	1
gegenstandslos	1	1
Total Erledigungen	11	8
Übertrag auf das folgende Jahr	3	1
	Total	9
3. Beschwerden gegen a.o. Konkursverwaltungen, Liquidatoren im Nachlassverfahren usw. (Art. 17 SchKG)		
a) Zahl der Beschwerden		
vom Vorjahr anhängig	2	–
Neueingänge	2	–
	Total	–
b) Erledigung		
Gutheissung	1	–
Abweisung	2	–
Nichteintreten	1	–
Rückzug	–	–
gegenstandslos	–	–
Total Erledigungen	4	–
Übertrag auf das folgende Jahr	–	–
	Total	–
4. Weitere Geschäfte		
Disziplinarverfahren gegen Betreibungs- oder Konkursbeamte und Angestellte eines Betreibungs- oder des Konkursamtes	–	–
Begehren um Liegenschaftsverwertung vor Abschluss der Kollokationsklage (Art. 128 VZG)	–	–
Begehren um neue Schätzung durch Sachverständige (Art. 9 Abs. 2 VZG)	–	–
Festsetzung a.o. Konkursgebühr	–	–

	2006	2007
Festsetzung Entgelt der ausseramtlichen Konkursverwaltung	12	9
Fristverlängerung für Durchführung des Konkursverfahrens	143	96
weitere Geschäfte	–	–
Total	155	105

5. Dauer der erledigten Beschwerdeverfahren

Beschwerden mit Dauer von ... Monaten	0–2	2–3	3–6	6–9	9–12	über 12	Total
2006:	22	5	9	1	2	–	39
2007:	29	4	6	1	1	–	41

Gesamtübersicht über die Beschwerden an die Justizkommission

1. Zahl der Beschwerden

a) Beschwerden in Zivilsachen		
vom Vorjahr anhängig	24	25
Neueingänge	137	174
b) Beschwerden in Strafsachen		
vom Vorjahr anhängig	21	27
Neueingänge	89	102
c) Beschwerden in Schuldbetreibungs- und Konkursachen		
vom Vorjahr anhängig	8	4
Neueingänge	35	43
Total	314	375

2. Erledigung der Beschwerden

gänzliche Gutheissung	49	57
teilweise Gutheissung	17	22
Abweisung	109	120
Rückweisung	2	2
Nichteintreten	52	60
Rückzug	10	6
gegenstandslos	16	31
Vergleich	3	–
Vereinigung von Verfahren	–	–
Total Erledigungen	258	298
Übertrag auf das folgende Jahr	56	77
Total	314	375

3. Die Ende 2007 pendenten Beschwerdeverfahren wurden anhängig gemacht:

2005: 1 2007: 76

4. Dauer der erledigten Beschwerdeverfahren

Verfahren mit Dauer von ... Monaten

	0 – 3	3 – 6	6 – 9	9 – 12	12 – 24	24 – 36	über 36	Total
2006:	172	54	23	7	1	–	1	258
2007:	174	76	32	11	3	–	2	298

5. Weiterzug an das Bundesgericht

a) Rechtsmittel (einschliesslich Pendenzen aus dem Vorjahr)

Beschwerde in Zivilsachen ¹	–	9
Beschwerde in Strafsachen ¹	–	12
Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten ¹	–	1
subsidiäre Verfassungsbeschwerde ¹	–	7
Berufungen	1	–
staatsrechtliche Beschwerden	13	2
betriebsrechtliche Beschwerden (Art. 19 SchKG)	3	1
Nichtigkeitsbeschwerden (Art. 268 BStP)	1	–
Verwaltungsgerichtsbeschwerden	–	–
Total	18	32

b) Erledigung durch das Bundesgericht

gänzliche Gutheissung	1	–
teilweise Gutheissung	–	2
Abweisung	6	9
Rückweisung	–	–
Nichteintreten	9	11
Rückzug oder gegenstandslos	–	2
Übertrag auf das folgende Jahr	2	8
Total	18	32

Zeitliche Beanspruchung des Obergerichts

Plenarsitzungen	6	7
Sitzungen der ersten zivilrechtlichen Abteilung	17	21
Sitzungen der zweiten zivilrechtlichen Abteilung	2	2
Sitzungen der strafrechtlichen Abteilung	11	12
Sitzungen der Verwaltungskommission	30	30
Sitzungen der Justizkommission	52	57
Inspektionen (Halbtage)	26	24

	2006	2007
Unentgeltliche Prozessführung in Verfahren vor Obergericht und Justizkommission		
a) Zahl der Gesuche (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)	15	14
b) Erledigung		
Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege	1	–
Bewilligung des unentgeltlichen Rechtsbeistandes	–	–
Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und des unentgeltlichen Rechtsbeistandes	–	1
Abweisung, Rückzug, Gegenstandslosigkeit	10	8
Total Erledigungen	11	9
Übertrag auf das folgende Jahr	4	5
	Total 15	14
c) von Vorinstanzen erteilte Bewilligungen		
Weitergeltung für das zweitinstanzliche Verfahren	6	10
Entzug im zweitinstanzlichen Verfahren	–	–

XII. Anwaltsprüfungskommission

	2006	2007
Sitzungen	9	11
Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten (die sich in der Berichtsperiode der schriftlichen und/oder der mündlichen Prüfung unterzogen)	39	39
Repetitionen (Anzahl Kandidaten)		
schriftliche Prüfungen	10	18
mündliche Prüfungen	3	9

Im Berichtsjahr erteilte die Anwaltsprüfungskommission folgenden Kandidatinnen und Kandidaten aufgrund bestandener Prüfung das zugerische Anwaltspatent (in alphabetischer Reihenfolge):

Aeschi Othmar, lic. iur.

Balmer Léonie, lic. iur.

Blum Marc, lic. iur.

Brändli Peter, lic. iur.

Flachsmann Jannis, lic. iur.

Gantenbein Adrian, lic. iur.

Gysler Oskar, lic. iur.

Kaiser Philippe, lic. iur.

Rebmann Marion, lic. iur.

Rust Laetitia, lic. iur.

Scheiwiler Beat, Dr. iur.

Schilliger Alex, lic. iur.

Spühler Gabriela, lic. iur.

Stalder Michael, lic. iur.

Steiger Reto, lic. iur.

Steiner Simone, lic. iur.

Walker Géraldine, lic. iur.

Willimann Kathrin, lic. iur.

Wyrsch Jacqueline, lic. iur.

Bill Daniel, lic. iur., Rechtsanwalt, Baar, wurde auf Grund bestandener Prüfung der Fähigkeitsausweis zur öffentlichen Beurkundung erteilt.

XIII. Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte

	2006	2007
1. Disziplinarverfahren		
a) Zahl der Verfahren		
vom Vorjahr anhängig	5	4
neu eingegangen	5	10
	Total	14
b) Erledigung der Verfahren		
Nichtanhandnahme	–	1
Einstellung	4	2
Gegenstandslosigkeit	–	–
Disziplinarmaßnahme	2	5
Absehen von einer Disziplinarmaßnahme	–	–
Total Erledigungen	6	8
Übertrag auf das folgende Jahr	4	6
davon infolge hängiger Strafuntersuchungen sistiert bzw. nicht eröffnet	3	3
	Total	14
2. Administrativverfahren		
a) Entscheide über die Eintragung in das Anwaltsregister und/oder die Ermächtigung zur öffentlichen Beurkundung	27	25
b) Entscheide über die administrative Löschung im Anwaltsregister und/oder die Ermächtigung zur öffentlichen Beurkundung	9	14
c) Entscheide über die Eintragung in die öffentliche Liste	1	2
d) Entscheide über die administrative Löschung in der öffentlichen Liste	1	–
e) Entscheide über die Erteilung einer generellen Substitutionsbewilligung	15	24
f) Entscheide über die Entbindung vom Anwalts- und/oder Amtsgeheimnis	9	11
g) Ausstellung eines Disziplinarzeugnisses	6	1
h) hängige Administrativverfahren	5	1

XIV. Betreibungsämter und Konkursamt

1. Bericht der Aufsichtsbehörde

In Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages gemäss Art. 14 Abs. 1 SchKG und § 13 EG SchKG hat die Justizkommission des Obergerichts als Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs die Geschäftsführung der – nach der Zusammenlegung der beiden Betreibungsämter Oberägeri und Unterägeri zum Betreibungsamt Ägerital – zehn zugerischen Betreibungsämter sowie des Konkursamtes des Kantons Zug im Jahre 2007 geprüft. An insgesamt zwölf Halbtagen visitierte wiederum eine Zweierdelegation die einzelnen Ämter und führte dabei die Inspektionen in der gewohnten Weise durch.

Bei den Betreibungsämtern wurden die überall mittels elektronischer Datenverarbeitung geführten Register, Protokolle und die Buchhaltung eingesehen. Aufgrund des ausgedruckten Eingangsregisters wurden sodann stichprobenweise einzelne Betreibungsfälle ausgewählt und anhand der Akten und der Einträge in den Registern und Protokollen nachvollzogen. Ebenso wurden der Zahlungsverkehr und die Gebührenrechnungen mittels Stichproben geprüft. Die in der Buchhaltung ausgewiesenen Schlussaldi der Geldkonti wurden mit den entsprechenden Saldobestätigun-

gen bzw. Kontoauszügen der PostFinance und der Depositenbanken abgeglichen. Die Aufsichtsbehörde verschaffte sich schliesslich mittels Stichproben auch Einblick in die übrigen Geschäftsgebiete der Betreibungsämter (Arreste, Retentionen, Rechtshilfe, Eigentumsvorbehalte).

Beim Konkursamt erfolgte die Prüfung einerseits durch Einsichtnahme in die Protokolle und Verfahrensakten einer Anzahl zufällig ausgewählter Konkursfälle jedes Sachbearbeiters. Sodann fanden anhand der schriftlich kommentierten Pendenzenlisten und der Erkenntnisse aus der erwähnten Aktendurchsicht im Beisein des Leiters des Konkursamtes mit jedem Sachbearbeiter Kurzbesprechungen seiner Fälle statt. Gegenstand der Erörterungen waren namentlich die Verfahrensdauer, Gründe allfälliger Verzögerungen und Bearbeitungslücken, Arbeitsbelastung, besondere Probleme sowie der Fortgang und voraussichtliche Abschluss der einzelnen Verfahren. Im Gespräch mit dem Leiter des Konkursamtes und dessen Stellvertreter standen schliesslich allgemeine Fragen fachtechnischer und administrativer Natur zur Erörterung. Die Prüfung der Rechnungsführung des Konkursamtes ist Sache der Finanzkontrolle (§ 13 Abs. 4 EG SchKG). Diese orientierte die Justizkom-

mission über ihre Ergebnisse mit Berichten vom 10. Juli 2007 und 6. Februar 2008.

Die Inspektionen und Prüfungen haben erfreulicherweise wiederum zu keinen nennenswerten Beanstandungen Anlass gegeben. Wenn vereinzelt Unzulänglichkeiten, Fehler oder Verzögerungen festgestellt werden mussten, wurde die Beamtin bzw. der Beamte unmittelbar mündlich darauf hingewiesen und gegebenenfalls zu entsprechenden Korrekturen unter Mitteilung an die Justizkommission eingeladen. Die Pendenzen beim Konkursamt konnten weiter verringert und eine ganze Anzahl mehrjähriger Verfahren abgeschlossen werden. Wegen der grossen Probleme bei der Implementierung der neuen Applikation im Handelsregisteramt gerieten aber die Konkursverfahren bei dem mit diesen Zusatzarbeiten betrauten Mitarbeiter weiter in Rückstand und es musste praktisch für das ganze Berichtsjahr ein Zuteilungsstopp verfügt werden. Das hatte natürlich entsprechende Auswirkungen auf die übrigen Sachbearbeiter, auf die diese Konkursverfahren zusätzlich verteilt werden mussten. Gerade dieser Umstand dürfte massgeblich mitverantwortlich sein, dass sich insgesamt eine etwas tiefere Erledigungsquote als im Vorjahr einstellte und deshalb der Pendenzenabbau nicht noch höher ausfiel. Das Konkursamt wird zweifellos alles daran setzen, dass diese Verfahren nun rasch aufgearbeitet und vorangetrieben werden. Es stimmt zuversichtlich, dass insgesamt trotz der erwähnten Probleme eine deutliche Verbesserung eingetreten ist. Zudem sind die Neueingänge im Berichtsjahr – wenn auch nur leicht – wiederum etwas zurückgegangen, und es muss auch im laufenden Jahr nicht mit einer deutlichen Zunahme gerechnet werden. Es kann insgesamt auch dieses

Jahr mit Befriedigung festgestellt werden, dass die Ämter ordnungsgemäss und gut geführt werden. Die Beamtinnen und Beamten erledigten zusammen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihre anspruchsvolle Arbeit wiederum kompetent, gewissenhaft und mit viel Engagement, wofür ihnen Dank gebührt.

Über die Zahl der Geschäfte der einzelnen Ämter geben die auf den nachfolgenden Seiten abgedruckten Tabellen und Zusammenstellungen näher Aufschluss. Der Geschäftsanfall bei den einzelnen Betreibungsämtern war auch im Berichtsjahr recht unterschiedlich. Insgesamt dürfte die Geschäftslast aber verglichen mit dem Vorjahr eher etwas zugenommen haben, zumal es offenbar zunehmend schwieriger wird, die Schuldner zu erreichen, und auch häufiger renitentes Verhalten Probleme bereitet. Die Konkursöffnungen haben im Berichtsjahr erneut – wenn auch nur marginal – um 7 Fälle abgenommen. Trotz des Rückgangs der Zahl der Erledigungen (von 318 auf 272 Fälle) konnten die Pendenzen nochmals leicht um 26 auf 241 Konkursverfahren gesenkt werden.

Bei der Justizkommission gingen im Berichtsjahr gegen die Betreibungsämter insgesamt 37 Beschwerden (Vorjahr: 22) ein. Erledigt wurden 33 (24) Beschwerdefälle, so dass am Ende des Berichtsjahres noch fünf pendent blieben. Lediglich eine Beschwerde musste dabei gutgeheissen werden, während die übrigen erfolglos blieben. Während im Berichtsjahr gegen ausseramtliche Konkursverwaltungen keine (zwei) Beschwerden zu verzeichnen waren, wurden gegen das Konkursamt sechs (elf) Beschwerden eingereicht. Acht Beschwerden wurden erledigt, wovon drei gutgeheissen werden mussten. Eine Beschwerde

wurde auf das neue Geschäftsjahr übertragen. Über die Einzelheiten und die weiteren Geschäfte der Aufsichtsbehörde kann auf die entsprechenden Tabellen auf den vorangehenden Seiten verwiesen werden.

Die von der Justizkommission gestützt auf die Empfehlungen der eidgenössischen Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten letztmals am 28. Dezember 2006 angepassten Richtlinien für die Berechnung des betriebsrechtlichen Notbedarfs (Existenzminimum) nach Art. 93 SchKG haben unverändert Gültigkeit. Sie sind wiederum im Anhang III zum vorliegenden Rechenschaftsbericht des Obergerichts abgedruckt.

Zug, 5. März 2008

Justizkommission des Obergerichts
als Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs

A. Iten
Vorsitzender

J. Lötscher
Gerichtsschreiber

2.a) Übersicht über die Geschäfte der Betriebsämter pro 2006

Betriebsamt	Zahlungsbehalte	Prüfungen	Konkurs- androhungen	Aufschubs- bewilligungen	Verwertungen	Verlustscheine	Total Verlustscheinsumme	Arreste	Bestand der Vieherschreibungen	Eingetragene Eigentumsverhalte
Zug	6 824	1 575	454	37	778	1 082	8 467 690	8	-	19
Oberägeri	779	228	56	5	186	126	4 827 222	-	-	8
Unterägeri	1 328	423	62	15	349	185	521 073	-	-	5
Menzingen	643	267	30	30	219	151	426 539	-	-	2
Baar	5 057	1 941	311	82	1 540	907	3 459 451	6	-	18
Cham	2 922	763	164	6	528	492	2 079 624	1	-	8
Hünenberg	1 264	352	62	34	281	189	804 381	-	-	10
Steinhausen	1 275	427	96	11	285	263	923 790	-	-	4
Risch	1 445	528	98	3	386	317	2 064 808	-	-	10
Walchwil	448	85	33	-	90	43	483 529	-	-	3
Neuheim	332	118	13	15	170	59	197 772	-	-	2
Total	22 317	6 707	1 379	238	4 812	3 814	24 255 879	15	-	89

2.b) Übersicht über die Geschäfte der Betreibungsämter pro 2007

Betriebsamt	Zahlungsbeihilfe	Pfändungen	Konkurs- androhungen	Aufschubs- bewilligungen	Verwertungen	Verlustscheine	Total Verlustscheinsumme	Arreste	Bestand der Vieherschreibungen	Eingetragene Eigentumsverhältnisse
Zug	7 106	1 494	460	26	817	1 065	5 462 866	16	-	30
Ägerital	2 027	600	113	25	497	296	1 838 435	-	-	5
Menzingen	501	268	17	20	244	144	610 540	-	-	1
Baar	4 744	2 143	308	75	1 649	987	3 615 761	21	-	24
Cham	2 803	804	175	12	629	456	1 475 197	1	-	9
Hünenberg	1 294	340	85	32	305	129	1 177 804	-	-	8
Steinhausen	1 427	420	55	13	308	276	643 847	-	-	4
Risch	1 932	559	112	5	406	306	1 967 298	1	-	12
Walchwil	475	104	25	-	65	43	365 316	-	-	5
Neuheim	283	125	7	13	194	62	174 180	-	-	1
Total	22 592	6 857	1 357	221	5 114	3 764	17 331 244	39	-	99

3. Geschäfte des Konkursamtes

Eröffnung und Erledigung von Konkursen

a) zu behandelnde Konkurse

Aus dem Vorjahr pendente Fälle	333	267
Neu eröffnete Konkurse gegen im Handelsregister eingetragene Firmen	217	210
Nachträglicher Widerruf Konkurseinstellung	3	5
Insolvenzerklärungen (ohne Eintrag im Handelsregister)	8	13
Konkursamtliche Verlassenschaftsliquidationen	24	16
Im Ausland eröffnete Konkurse (IPRG-Verfahren)	-	1
Ohne vorgängige Betreuung (ohne Eintrag im Handelsregister)	-	1
Total	585	513

b) erledigte Konkurse

Einstellung des Verfahrens mangels Aktiven	163	125
Schlussklärung nach durchgeführtem Verfahren (inkl. IPRG)	120	109
Widerruf gemäss Art. 195 SchKG	6	10
Aufhebung des Dekretes	29	28
Total Erledigungen	318	272

Übertrag auf das folgende Jahr	267	241
Total	585	513

c) Gesamtbetrag der zu Verlust gekommenen Forderungen:

2006:	CHF 178 687 898.95
2007:	CHF 424 821 716.02

d) Die Ende 2007 pendenten Konkurse wurden eröffnet (davon ausseramtliche Konkursverwaltungen):

1993: - (-)	1998: 1 (1)	2003: 12 (1)	
1994: 2 (2)	1999: - (-)	2004: 16 (-)	
1995: - (-)	2000: 1 (1)	2005: 19 (1)	
1996: 1 (1)	2001: 3 (2)	2006: 52 (-)	
1997: - (-)	2002: 7 (2)	2007: 127 (-)	Total: 241 (11)

e) Dauer der erledigten Konkursverfahren

Verfahren mit Dauer von ... Monaten						
	0 - 6	6 - 12	12 - 24	24 - 36	über 36	Total
2006:	170	46	46	29	27	318
2007:	122	56	39	18	37	272

F

I. Verzeichnis der richterlichen Behörden und Angestellten der Zivil- und Strafrechtspflege

Stand 29. Februar 2008

Obergericht

Mitglieder

hauptamtlich:

Studer-Milz Iris, lic. iur., Präsidentin

Weber Klaus, Dr. iur., Vizepräsident

Iten Alfred, lic. iur.

Ulrich Felix, lic. iur.

nebenamtlich:

Lanz Erhard, lic. iur.

Horber Felix, Dr. iur.

Spillmann Siegwart Renée, lic. iur.

Ersatzmitglieder

Hilfiker Marianne, lic. iur.

Wetli Guido, lic. iur.

Andermatt Adrian, Dr. iur.

Caratsch Storchenegger Elvira, lic. iur.

Falk Urs, Dr. sc. nat.

Jud-Reichlen Ursula, lic. iur.

Zivilrechtliche Abteilung

Weber Klaus, Dr. iur., Vorsitzender

Horber Felix, Dr. iur.

Spillmann Siegwart Renée, lic. iur.

Anhang

Strafrechtliche Abteilung (zugleich 2. Zivilrechtliche Abteilung)

Ulrich Felix, lic. iur., Vorsitzender
Studer-Milz Iris, lic. iur.
Lanz Erhard, lic. iur.

Justizkommission, Zivilrechtliche Kammer

Iten Alfred, lic. iur., Vorsitzender
Weber Klaus, Dr. iur.
Spillmann Siegwart Renée, lic. iur.

Justizkommission, Strafrechtliche Kammer

Iten Alfred, lic. iur., Vorsitzender
Studer-Milz Iris, lic. iur.
Weber Klaus, Dr. iur.

Verwaltungskommission

Studer-Milz Iris, lic. iur., Vorsitzende
Weber Klaus, Dr. iur.
Iten Alfred, lic. iur.

Kanzlei des Obergerichts

Gerichtsschreiber/ Gerichtsschreiberinnen

Frey Manuela, lic. iur., Generalsekretärin
Anderegg Thomas, lic. iur.
Bracher Nicolas, lic. iur. (Teilzeit 50 %)
Furger Peter, lic. iur.
Huber Stüdli Doris, lic. iur.
(Teilzeit 50 %)
Lötscher Jörg, lic. iur. (Teilzeit 80 %)
Renggli Iris, lic. iur.
Setz Nadine, lic. iur.

Sekretariat

Gnos Ursula (Teilzeit 80 %)
Schnyder Adelheid (Teilzeit 80 %)
Stocker Claudia (Teilzeit 80 %)
Villiger Rita (Teilzeit 30 %)
Zemp Nicole (Teilzeit 20 %)

Gerichtskasse (für die gesamte Zivil- und Strafrechtspflege)

Hotz Claudia
Suter Hans Jörg
Theiler Toni

Kantonsgericht

Mitglieder

Meyer Rolf, Dr. iur., Präsident
Beglinger Michael, Dr. iur.,
Vizepräsident
Huber Peter, lic. iur.
Staub Werner, lic. iur.
Scherer Stephan, lic. iur.
Szabó Stephan, lic. iur.
Furrer Beat, lic. iur.
Panico Peyer Daniela, lic. iur.
Arndt Christine, lic. iur.

Ersatzmitglieder

Ineichen Binggeli Bernadette
Song Kündig Jennifer, lic. iur.
Kottmann Peter, lic. iur.
Ineichen-Müller Priska, lic. iur.
Rechsteiner Urs, lic. iur.
Werder Beat

Geschäftsleitung

Meyer Rolf, Dr. iur., Vorsitzender
Beglinger Michael, Dr. iur.
Huber Peter, lic. iur.

1. Abteilung

Szabó Stephan, lic. iur., Vorsitzender
Panico Peyer Daniela, lic. iur.
Arndt Christine, lic. iur.

2. Abteilung

Huber Peter, lic. iur., Vorsitzender
Beglinger Michael, Dr. iur.
Staub Werner, lic. iur.

3. Abteilung

Meyer Rolf, Dr. iur., Vorsitzender
Scherer Stephan, lic. iur.
Furrer Beat, lic. iur.

Ineichen-Müller Priska, lic. iur.
Rechsteiner Urs, lic. iur.
Werder Beat

Kanzlei des Kantonsgerichts

Gerichtsschreiber/ Gerichtsschreiberinnen

Krähenbühl Laurent, lic. iur., Kanzleivorsteher
Dittli Christa, lic. iur.
Dürr Anna, lic. iur.
Hehli Christoph, Dr. iur.
Ruchti Silvia, lic. iur.
Siegrist Michael, lic. iur.
Stüdtli Pascal, lic. iur.
Torn Petra, lic. iur.
Vakant (Teilzeit 50%)

Kanzlei des Strafgerichts

Gerichtsschreiber/ Gerichtsschreiberinnen

Senn Andrea, lic. iur., Kanzleivorsteherin
Huber Felizia, lic. iur. (Teilzeit 50%)
Oswald Manuela, lic. iur. (Teilzeit 80%)
Rossé Laurent, lic. iur. (Teilzeit 80%)

Sekretariat

Mazenauer Sibylle
Merz Gino
Wangler Susanne

Sekretariat

Arnold-Loher Claudia (Teilzeit 40%)
Boesch Mirjam
Fehlmann Hanni
Iten Christoph
Meier-Elsener Verena (Teilzeit 60%)
Schönenberger Monica
Stiedl Puur Tatjana (Teilzeit 40%)
Süess Edith
Ulrich-Meier Monika (Teilzeit 40%)

Jugendgericht

Mitglieder

Siegiwart Marc, lic. iur., Präsident
Ineichen Binggeli Bernadette
Ineichen-Müller Priska, lic. iur.

Ersatzmitglieder

Kottmann Peter, lic. iur.
Song Kündig Jennifer, lic. iur.

Strafgericht

Mitglieder

Ziegler Carole, Fürsprecherin, Präsidentin
Dalcher Stephan, lic. iur., Vizepräsident
Siegiwart Marc, lic. iur.
Anlauf Svea, Assessorin

Staatsanwaltschaft

Aebi Christian, lic. iur., Oberstaatsanwalt
Kuhn Paul, lic. iur., stv. Oberstaatsanwalt
von Dach Marc, Fürsprecher, Leitender
Staatsanwalt I. Abteilung
Hoffmann Annette, lic. iur., Leitende
Staatsanwältin II. Abteilung
Widmer Cyrill, lic. iur., Leitender
Staatsanwalt III. Abteilung
Briner Alex, Dr. iur., Leitender Staatsanwalt
IV. Abteilung, Jugendanwalt

Ersatzmitglieder

Ineichen Binggeli Bernadette
Song Kündig Jennifer, lic. iur.
Kottmann Peter, lic. iur.

Staatsanwälte/Staatsanwältinnen

Alther Bizama Gabriela, lic. iur.
Häfliiger Monika, lic. iur. (Teilzeit 50 %)
Isenring Marionna, lic. iur. (Teilzeit 60 %)
Kurt Markus, lic. iur. (Teilzeit 80 %)
Landolt Jacqueline, lic. iur.
Maag Katja, lic. iur. (Teilzeit 80 %)
Mathys Christoph, lic. iur.
Müller Kurt, lic. iur.
Nyffeler Robert, Dr. iur.
Odoni Peter, lic. iur.,
Rein Thomas, lic. iur.
Schlauri Regula, Dr. iur.
Schwyter Roland, lic. iur.
Unterrassner Ruedi, lic. iur. (Teilzeit 90 %)
Weber Martina, lic. iur.

Wirtschaftsprüfer mit Zusatzfunktion als Untersuchungsbeamter

Koller Arnold

Untersuchungsbeamte/ Untersuchungsbeamtinnen

Brändli Peter, lic. iur.
Godenzi Gunhild, Assessorin (Teilzeit 50 %)
Huber Josef
Reifler Barbara, MLaw

Sozialarbeiterin

Andermatt Christina (Teilzeit 80 %)

Sekretariat

Achermann Brigitte (Teilzeit 80 %)
Ansermet Claudia (Teilzeit 20 %)
Buchser Christine (Teilzeit 90 %)
Frankenberg Sara
Grunder Dagmar (Teilzeit 80 %)
Guth Annemarie (Teilzeit 60 %)
Kellenberger Irene (Teilzeit 80 %)
Kuske-Lütolf Theresia (Teilzeit 80 %)
Müller Daniel, Geschäftskontrollführer
Reichmuth Rita (Teilzeit 90 %)
Schneider Ute (Teilzeit 90 %)
Sennhauser-Bossard Carla

Sicilia Nancy (Teilzeit 80 %)
Steinmann Margrith (Teilzeit 90 %)

Aushilfen Staatsanwaltschaftmodell

a.o. Staatsanwälte

Hildbrand Thomas, lic. iur.
Sigrist Urs, Dr. iur. (Teilzeit 60 %)

a.o. Untersuchungsbeamte

Kind Gaudenz, lic. iur.
Wiedemann Urs, lic. iur. (Teilzeit 90 %)

Sekretariat

Voneschen Erika (Teilzeit ca. 50 %)

Friedensrichterämter

Zug

Eglin Roland E., Dr.med., Friedensrichter
Landtwing-Gschwend Vreni, Stellvertreterin

Oberägeri

Güntert Robert, Friedensrichter
Iten-Blattmann Angelika, Stellvertreterin

Unterägeri

Toggenburger Max, Friedensrichter
Kurz Ulrich, Stellvertreter

Menzigen

Schumpf Jürg, Friedensrichter
Tönz Myra, Stellvertreterin

Baar

Busslinger-Andermatt Gabriela,
Friedensrichterin
Elsener Anton, Stellvertreter

Cham

Venzin Reto, Friedensrichter
Mösli-Ackermann Ursula, Stellvertreterin

Hünenberg

Bagnoud René, Friedensrichter
Wiser Viviane, Stellvertreterin

Steinhausen

Arnold-Kehl Longina, Friedensrichterin
Schär Urs, Stellvertreter

Risch

Zehnder-Betschart Josef, Friedensrichter
Straumann Kurt, Stellvertreter

Walchwil

Brugger-Bielmann Sylvia, Friedensrichterin
Flury Urs, Stellvertreter

Neuheim

Keiser Angela, lic. iur., Friedensrichterin
Ammann Beatrice, Stellvertreterin

Betreibungsämter

Zug

Nussbaumer Hans Rudolf,
Betreibungsbeamter
Cloetta Claudio, Stellvertreter

Ägerital

Twerenbold Ivo, Betreibungsbeamter
Löhri-Küng Cornelia, Stellvertreterin

Menzingen

Barmet Othmar, Betreibungsbeamter
Rohner Markus, Stellvertreter

Baar

Siebenmann Ruedi, Betreibungsbeamter
Gut Pascal, Stellvertreter

Cham

Holzgang Peter, Betreibungsbeamter
Signer-Wyss Esther, Stellvertreterin

Hünenberg

Signer-Wyss Esther, Betreibungsbeamtin
Betschart Jörg, Stellvertreter

Steinhausen

Rohner Markus, Betreibungsbeamter
Nussbaumer Hans Rudolf, Stellvertreter

Risch

Betschart Moritz, Betreibungsbeamter
Holzgang Peter, Stellvertreter

Walchwil

Schnyder-Ziltener Susanne,
Betreibungsbeamtin
Schnyder Nathalie, Stellvertreterin

Neuheim

Barmet Othmar, Betreibungsbeamter
Rohner Markus, Stellvertreter

Konkursamt

Spieß Markus, lic. iur., Konkursbeamter
Häusler Bernhard, lic. iur., Stellvertreter
Schwerzmann Christoph, Abteilungsleiter

Juristische Mitarbeitende

Hess Andreas, lic. iur.
Huber Helen, lic. iur.

Sachbearbeitende

Bertolaso Bruno
Huber Werner
Hürlimann Beat
Leyrer Peter
Steinmann Theo
Trochsler Marc

Rechnungsführer

Dall'O Gildo

Sekretariat

Baduini Anna (Teilzeit 50%)
Schallberger Lucia (Teilzeit 50%)
Schicker Evelyne (Teilzeit 70%)

Anwaltsprüfungskommission

Mitglieder

Müller Oskar, lic. iur., Rechtsanwalt und
Vizepräsident des Verwaltungsgerichts,
Präsident
Schnurrenberger Markus, lic. iur.,
Rechtsanwalt, Vizepräsident
Meyer Rolf, Dr. iur., Präsident des
Kantonsgerichts
Dalcher Stephan, lic. iur., Vizepräsident
des Strafgerichts
Neese Martin, Dr. iur., Rechtsanwalt

Ersatzmitglieder

Briner Alex, Dr. iur., Leitender Staatsanwalt
Iten Alfred, lic. iur., Oberrichter

Hager Rainer, lic. iur., Rechtsanwalt
Bellwald Peter, Dr. iur., Präsident des
Verwaltungsgerichts
Stoltz Thomas, lic. iur., Rechtsanwalt

Juristisches Sekretariat

Anderegg Thomas, lic. iur.,
Obergerichtsschreiber
Huber Stüdli Doris, lic. iur.,
Obergerichtsschreiberin

Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte

Mitglieder

Scherer Stephan, lic. iur., Kantonsrichter,
Präsident
von Dach Marc, Fürsprecher, Leitender
Staatsanwalt, Vizepräsident
Mosimann Rudolf, Dr. iur., Rechtsanwalt
Kalt Erich A., lic. iur., Rechtsanwalt
Huber Peter, lic. iur., Kantonsrichter

Ersatzmitglieder

Kleiner Rudolf, lic. iur., Rechtsanwalt
Ziegler Carole, Fürsprecherin, Präsidentin
des Strafgerichts
Meyer Rolf, Dr. iur., Präsident des
Kantonsgerichts

Juristisches Sekretariat

Lötscher Jörg, lic. iur.,
Obergerichtsschreiber

Prüfungskommission für Betreibungsbeamte

Mitglieder

Iten Alfred, lic. iur., Oberrichter, Präsident
Spiess Markus, lic. iur., Konkursbeamter
Nussbaumer Hans Rudolf,
Betreibungsbeamter

Ersatzmitglied

Flury Urs, lic. iur., a. Vizepräsident des
Strafgerichts

Juristisches Sekretariat

Huber Stüdli Doris, lic. iur.,
Obergerichtsschreiberin

Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten

Schlichter

Derungs Andreas, lic. iur., Rechtsanwalt
Bertschi Urs, lic. iur., Rechtsanwalt

II. a) Verzeichnis der im Anwaltsregister des Kantons Zug eingetragenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

* mit Beurkundungsbefugnis
(Stand 29. Februar 2008)

- * Andermatt Philipp P., lic. iur., LL.M., Zug
- * Arnold Peter B., lic. iur., Zug
- * Barth Hans-Rudolf, Dr. iur., Oberägeri
Bärtschi Philip, lic. iur., Zug
- * Bättig Kurt, lic. iur., Zug
- * Baumann Andreas, lic. iur., Zug
Baumann Remo, lic. iur., Zug
- * Benz Diego, lic. iur., Zug
- * Beranek Zanon Nicole, lic. iur., Zug
- * Bernold Heiner, Dr. iur., Zug
- * Bertschi Urs, lic. iur., Zug
- * Betschart-Blättler Heidi, lic. iur., Rotkreuz
- * Bill Daniel, lic. iur., Baar
- * Bissig Andermatt Natascha N., lic. iur.,
Baar
- * Bitzi Bruno F., Dr. iur., Zug
- * Blum Richard E., Dr. iur., Zug
Boreatti Walter, Fürsprecher, Zug
- * Bosshard Heidi K., lic. iur., Zug
Brand Jürg E., Fürsprecher, Zug
- * Brandenberg Ernst A., Dr. iur., Zug
- * Brandenberg Manuel, Dr. iur., Zug
Brändli Max, Dr. iur., Zug
- * Bruhin Roland, Dr. iur., M.B.L., Zug
Burger Jürg M., lic. iur., LL.M., Zug
- * Bussmann Beat, lic. iur., Zug
- * Bussmann Raoul, Dr. iur., Zug
Callea Lorella, lic. iur., Zug
- * Camenzind Alois, lic. iur. et lic. oec., Zug
- * Camenzind Matthias, lic. iur., Zug
Camenzind-Huwlyer Sarah J., lic. iur., Zug
- * Castell-Bachmann Irène J., lic. iur., Zug
- * Christmann Thomas F., lic. iur., Zug
- * De la Cruz Böhringer Carmen M., lic. iur.,
Zug
- * Derungs Andreas, lic. iur., Zug
Doleschal Ralph D., lic. iur., Zug
- * Dormann Markus W., lic. iur., Zug
- * Eckenstein Alexander, lic. iur., Zug
- * Eichenberger Christian, lic. iur., Zug
- * Eisenring Martin T. M., Dr. iur., Zug
- * Endres Michael, lic. iur., Zug
- * Etter Alois K. J., Dr. iur., Zug
Fässler Lukas, lic. iur., Zug
- * Feller Pernet Alexandra, lic. iur., Zug
Fiorillo-Buonomano Daniela, lic. iur., Zug
Fischer Markus D., lic. iur., Zug
Flückiger Lorenz, Fürsprecher, Oberägeri
- * Frei Dominik D., lic. iur., Zug
- * Frei Pirmin, Dr. iur., Baar
- * Frigo Jost M., lic. iur., Zug
- * Frigo Markus, Dr. iur., Zug
Furler Yvonne, Fürsprecherin, Zug
- * Furrer Marcel, lic. iur., Baar
Gemperle Loepfe Claudia, lic. iur., Zug
- * Giger Roman D., lic. iur., Zug
Girardet Alain, lic. iur., Zug
Gnehm Viktor L, Fürsprecher, Zug
- * Göçmen Alp, lic. iur., Zug
- * Goldmann Werner, lic. iur., Baar
- * Granzio Leo, Dr. iur., Zug
- * Grimm Zwicky Gabriela, lic. iur., LL.M.,
Zug
Grob-Andermacher Béatrice, Dr. iur., Zug
- * Groner Helmut F., lic. iur., Zug
Grossenbacher Nils R., lic. iur., Baar
- * Grunder Daniel, lic. iur., Zug
Häberling George, Dr. iur., Zug
- * Habke Oliver, lic. iur., Zug
- * Hager Rainer, lic. iur., Zug
- * Hagmann Hans, lic. iur., Zug
Hangartner Frank, lic. iur., Zug
- * Hausheer Urs J., lic. iur., Zug
- * Hausherr Matthys, lic. iur., Zug
- * Hess Peter, Dr. iur., Zug
- * Hodel Andrea, lic. iur., Zug
- * Hodel Peter, lic. iur., M.B.L., Zug
- * Hofstetter Stefan M., lic. iur., Zug
Hoffmann Daniel, lic. iur., Zug
- * Horber-Stadlin Franziska, lic. iur., Zug
- * Hotz Andreas, lic. iur., Baar

- * Hotz-Utiger Edith, lic. iur., Zug
- * Hubatka Judith M. E., lic. iur., Baar
- * Huber Jean Baptiste, lic. iur., Zug
- * Huber Stephan, lic. iur., Zug
 - Husmann David, lic. iur., Zug
 - Hütte Martin, lic. iur., Zug
- * Huwyler Andreas C., lic. iur., Zug
- * Huwyler Indrani, lic. iur., Zug
- * Ineichen Armand, lic. iur., Zug
- * Iten Michael, Dr. iur., Zug
- * Iten Peter A., lic. iur., Zug
- * Iten Verena, lic. iur., Zug
- * Johnson L. Mattias, lic. iur., LL.M., Zug
- * Junas Toni, lic. iur., Zug
- * Kaiser Philippe J. A., lic. iur., Zug
- * Kalt Erich A., lic. iur., Zug
- * Kamer Stephan, lic. iur., Zug
- * Kannewischer-Fisch Franziska, lic. iur., Zug
 - Keller Franziska G., lic. iur., Zug
- * Keller Susanne L., lic. iur., Zug
- * Kistler Huber Nicole, lic. iur., Zug
- * Klass Stefan, Dr. iur., Zug
- * Kleiner Rudolf, lic. iur., Cham
- * Kobelt Ulrich D., lic. iur., Zug
- * Koch Stephan M., lic. iur., Zug
 - Kocherhans Monika M., lic. iur., Zug
- * Kohler Urs E., Dr. iur., Zug
- * Koller Jürg, Dr. iur., Baar
- * Koller Stefan, lic. iur., Zug
- * Kündig Peter, lic. iur., Zug
- * Kuprecht Karolina, lic. iur., LL.M., Zug
- * Landtwing Andreas, Dr. iur., LL.M., Zug
- * Landtwing Ueli, lic. iur., Baar
- * Lenzlinger Iso, lic. iur., Zug
 - Lichtsteiner Urs, lic. iur. MSc., Zug
- * Lustenberger Erwin M., Dr. iur., Zug
 - Lüthold Markus, lic. iur., Baar
 - Marcionelli Georgia, lic. iur., Zug
- * Margraf-Bürgin Silvia, lic. iur., Baar
- * Mathis Karl, lic. iur., Zug
- * Meyer Kurt L., Dr. iur., Zug
- * Moos Adrian W., lic. iur., Baar
- * Moser Marco, Dr. iur., Zug
- * Mosimann Rudolf, Dr. iur., Zug
- * Müller Judith A. M., lic. iur., Zug
 - Müller R. Luka, Dr. iur., LL.M., Zug
- * Müller Thomas M., Dr. iur., Zug
 - Murer Marcel, lic. iur., Cham
- * Nägeli Richard, lic. iur., Zug
 - Naef Judith E., lic. iur., Baar
- * Neese Martin, Dr. iur., LL.M., Zug
 - Neuenschwander Markus, Dr. iur., Zug
- * Nick Arthur G., lic. iur., Zug
- * Niederberger Peter, lic. iur., Zug
 - Nützi Patrick, Dr. iur., LL.M., Zug
 - Peller Stefan, lic. iur., Zug
- * Peyer René, lic. iur., Zug
 - Pernet Jean, Dr. iur., Zug
- * Pfister Arnold Maya, lic. iur., Zug
 - Reichlin Kurt, Dr. iur., Zug
- * Renggli Andreas, Dr. iur., Zug
- * Renggli Michael, lic. iur., Zug
- * Riek Rainer, Dr. iur., Zug
 - Rinderknecht Thomas M., Dr. iur., Zug
- * Rispoli Celestina N., lic. iur., Zug
- * Rohrer Andreas, lic. iur., Baar
 - Rotter Dimitri, lic. iur., Zug
 - Ruckli Bernhard, Dr. iur., Zug
- * Rudolf Andreas K., lic. iur., LL.M., Zug
- * Scheiwiller Beat, Dr. iur. et lic.oec., Zug
- * Schelbert Bruno, lic. iur., Zug
- * Schilliger Alex A., lic. iur., Zug
 - Schlaubitiz Herbert C., Fürsprecher, Zug
- * Schmid Heini, lic. iur., Baar
- * Schnadt Philippe H.M., lic. iur., Zug
- * Schnurrenberger Markus, lic. iur., Zug
 - Schürmann-Christen Fabienne, lic. iur., Zug
- * Schuler Joseph, lic. iur., Zug
- * Schweiger Christoph, lic. iur., Zug
- * Schweiger Rolf, lic. iur., Zug
 - Schweingruber Christian, lic. iur., Steinhausen
- * Schwendener Tatiana O., lic. iur., Zug
- * Schwerzmann Dominik A., lic. iur., M.B.L., Zug
- * Schwerzmann Josef, Dr. iur., Zug

Seckler Dorothea, Dr. iur., LL.M., Zug
 Seeholzer Corinne, lic. iur., Baar
 Sialm Philipp R., lic. iur., Zug
 * Sidler Andreas, Dr. iur., Zug
 * Sidler Max, Dr. iur., Zug
 Sidler Oliver, Dr. iur., Zug
 Spalinger Martin, lic. iur., Zug
 * Speck Beat D., lic. iur., Baar
 * Spühler Gabriela B., lic. iur., Zug
 * Stalder Markus, lic. iur., Cham
 Stalder Michael, lic. iur., Zug
 * Steiner Simone, lic. iur., Zug
 * Steinmann Reto, lic. iur., Zug
 * Stern Andrea E., lic. iur., Zug
 * Stöckli Armin M., lic. iur., Baar
 * Stöckli-Klaus Barbara, lic. iur., Zug
 * Stoltz Thomas, lic. iur., LL.M., Zug
 * Storchenegger Patrick, lic. iur., Zug
 Strub Philippe, lic. iur., Zug
 * Straub Christoph, Dr. iur., Zug
 * Stuber Hans, lic. iur., Zug
 * Studer Peter G., lic. iur., Zug
 * Studer Peter M., lic. iur., LL.M., Zug
 * Stutz-Berger Christina, lic. iur., Zug
 * Suter Walter A., lic. iur., Cham
 * Thalmann Paul, Dr. iur., Zug
 * Thoma Beat H., lic. iur., Zug
 * Tobler Sandro G., lic. iur., LL.M., Zug
 Tremp Michael S., lic. iur., Baar
 Trepte Natalie, lic. iur., Zug
 Trippel Michael, lic. iur., Zug
 * Ulrich Thomas, lic. iur., Baar
 Vischer H.L. Bernhard, Dr. iur. Zug
 * Vogel Alexander, Dr. iur., LL.M., Zug
 * Vogel Hans A., Dr. iur., Zug
 * von Flüe Bolliger Daniela S., lic. iur., Zug
 Walder Jean-Pierre R., lic. iur., Zug
 Walker Géraldine, lic. iur., Zug
 * Walter Urs M., lic. iur., Zug
 * Weber Marcello, lic. iur., LL.M., Zug
 * Weidmann Raffael J., lic. iur., Zug
 * Weiss Marco, Dr. iur., Zug
 Weisshaar Thomas E., lic. iur., Zug
 Wettenschwiler Suzanne, Dr. iur., Zug

Wild Hans-Rudolf, lic. iur., Zug
 * Wild-Haas Judith, lic. iur., Zug
 * Windlin Jost A., lic. iur., LL.M., Zug
 Wyrer Louis J., lic. iur., Zug
 * Zürcher Wolfgang C., Dr. iur., Baar
 * Zwicky Markus, Dr. iur., Zug

II. b) Verzeichnis der in der öffentlichen Liste des Kantons Zug eingetragenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

(Stand 29. Februar 2008)

Eichinger Manfred, Rotkreuz
 Gebhardt W. Hans-Uwe, Dr. iur., Zug
 Heiss Manuela M. L., Dr. iur., Baar
 Hügel Holger, Zug
 Kasper Harald F., Baar
 Windgassen Arno H., Zug

III. Richtlinien für die Berechnung des betriebsrechtlichen Existenzminimums (Notbedarf) nach Art. 93 SchKG

(Kreisschreiben vom 28. Dezember 2006 an die Betreibungsämter des Kantons Zug)

Vorbemerkungen

Die Justizkommission des Obergerichts des Kantons Zug hat als Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs die Ansätze für die Berechnung des betriebsrechtlichen Notbedarfs (Existenzminimum) letztmals mit Kreisschreiben vom 23. Dezember 1993 der eingetretenen Teuerung angepasst.

Seither hat die Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz, auf deren Empfehlungen schon die bisherigen Richtlinien beruhten, eine wissenschaftliche Untersuchung zu diesem Thema in Auftrag gegeben, die im Herbst 1999 mit einer umfangreichen Studie abgeschlossen wurde (Meier/Zweifel/Zabarowski/Jent-Sorensen, Lohnpfändung – optimales Existenzminimum, Zürich 1999). Die Richtlinien fanden daraufhin eine grundlegende Überarbeitung durch die Konferenz. Schliesslich verabschiedete diese am 24. November 2000 neue Richtlinien, die im Wesentlichen durch eine weitergehende Differenzierung bei den persönlichen Lebensverhältnissen der Schuldner bzw. Schuldnerinnen und insbesondere eine erhebliche Erhöhung der pauschalen Grundbeträge gekennzeichnet sind, wodurch auch ein Hauptpostulat der erwähnten Studie, die Angleichung des betriebsrechtlichen an das fürsorgerechtliche Existenzminimum, weitgehend erfüllt wird.

Am 26. Februar 2001 hat die Justizkommission beschlossen, diese neuen Richtlinien der Schweizerischen Konferenz wiederum praktisch unverändert zu übernehmen und den ihr unterstellten zugerischen Betreibungsbehörden ab 1. März 2001 zur Anwendung zu empfehlen. Die neuen Ansätze beruhen auf dem Landesindex der Konsumentenpreise (Basis Mai 2000 = 100 Punkte) ohne Teilfaktoren Miete, Heizöl und Fernwärme von Ende Oktober 2000 mit einem Indexstand von 100,6 Punkten. Sie gleichen vorgabeweise die Teuerung bis zu einem Indexstand von **105 Punkten** aus. Eine Änderung der Ansätze ist grundsätzlich erst bei Überschreiten eines Indexstandes von 110 Punkten vorgesehen.

Das Inkrafttreten des Partnerschaftsgesetzes bedingt nun per **1. Januar 2007** eine Anpassung von Ziffer IV.1. der Richtlinien. Im Übrigen bleiben diese aber unverändert. Namentlich erfolgt keine Änderung der Ansätze an die seit 1. März 2001 eingetretene Teuerung.

I. Monatlicher Grundbetrag

Für Nahrung, Kleidung und Wäsche (einschliesslich deren Instandhaltung), Körper- und Gesundheitspflege, Unterhalt der Wohnungseinrichtung, Kulturelles (Telefon, Radio/TV usw.) sowie Auslagen für Beleuchtung, Kochstrom und/oder Gas ist in der Regel vom monatlichen Einkommen des Schuldners folgender Grundbetrag als unumgänglich notwendig im Sinne von Art. 93 SchKG von der Pfändung ausgeschlossen:

1. für einen alleinstehenden Schuldner
CHF 1100.–
2. für einen alleinerziehenden Schuldner
mit Unterstützungspflichten
CHF 1250.–
3. für ein Ehepaar oder zwei andere eine
dauernde Hausgemeinschaft bildende
erwachsene Personen
CHF 1550.–
4. Unterhalt der Kinder
für jedes Kind im Alter
bis zu 6 Jahren CHF 250.–
von 6–12 Jahren CHF 350.–
über 12 Jahre CHF 500.–

II. Zuschläge zum monatlichen Grundbetrag

1. **Effektiver Mietzins** für Wohnung oder Zimmer (ohne Auslagen für Beleuchtung, Kochstrom und/oder Gas, weil im Grundbetrag inbegriffen), unter Berücksichtigung von Ziff. V.2.

Benützt der Schuldner lediglich zu seiner grösseren Bequemlichkeit eine teure Wohnung oder ein teures Zimmer, so kann der Mietzinszuschlag nach Ablauf des nächsten Kündigungstermins auf ein Normalmass herabgesetzt werden (BGE 119 III 73 mit Hinweisen; JKE v. 25.5.1982).

Besitzt der Schuldner ein eigenes, von ihm bewohntes Haus, so ist anstelle des Mietzinses der Liegenschaftsaufwand zum Grundbetrag hinzuzurechnen. Dieser besteht aus dem Hypothekarzins (ohne Amortisation), den öffentlich-rechtlichen Abgaben und den (durchschnittlichen) notwendigen Unterhaltskosten. Absatz 2 hiervor gilt sinngemäss (GVP 1993/94 S. 141).

2. Heizungskosten

Die durchschnittlichen, auf zwölf Monate verteilten Aufwendungen für die Beheizung der Wohnräume.

3. **Sozialbeiträge** (soweit nicht bereits vom Lohn abgezogen), wie Beiträge bzw. Prämien an:

- AHV, IV und EO
- Arbeitslosenversicherung
- Kranken- und Sterbekassen
- Unfallversicherung
- Pensions- und Fürsorgekassen
- Berufsverbände

Der Prämienaufwand für nichtobligatorische Versicherungen kann nur in begründeten Ausnahmefällen berücksichtigt werden (vgl. für private Lebensversicherungen BGE 81 III 144; für Kranken- und Unfallversicherungen GVP 1993/94 S. 141).

4. **Unumgängliche Berufsauslagen** (soweit der Arbeitgeber nicht dafür aufkommt)

a) Erhöhter Nahrungsbedarf bei Schwerkraftarbeit (Erd-, Bau- und Giessereiarbeiter und ähnliche Berufe), bei Schicht- und Nachtarbeit, ferner für Schuldner, die einen sehr weiten Arbeitsweg zurücklegen müssen: CHF 5.– pro Arbeitstag.

b) Auslagen für auswärtige Verpflegung
Bei Nachweis von Mehrauslagen für auswärtige Verpflegung: CHF 8.– bis CHF 10.– für jede Hauptmahlzeit.

c) Überdurchschnittlicher Kleider- und Wäscheverbrauch (beispielsweise bei Servicepersonal, Handelsreisenden u. a. m.): bis CHF 50.– pro Monat.

d) Fahrten zum Arbeitsplatz

Öffentliche Verkehrsmittel:

Effektive Auslagen

Fahrrad:

CHF 10.– bis CHF 15.– pro Monat für Abnutzung

Mofa/Moped:

CHF 20.– bis CHF 30.– pro Monat für Abnutzung, Betriebsstoff usw.

Motorrad:

CHF 35.– bis CHF 55.– pro Monat für Abnutzung, Betriebsstoff usw.

Automobil:

Sofern dem Automobil **Kompetenzqualität** zukommt, sind die festen und veränderlichen Kosten ohne Amortisation zu berechnen (vgl. auch BGE 108 III 65 ff.).

Bei Benützung eines Automobils **ohne Kompetenzqualität**: Auslagenersatz wie bei Benützung öffentlicher Verkehrsmittel (BGE 104 III 73; Pra 68 (1979) Nr. 53, S. 145).

5. Rechtlich oder moralisch geschuldete Unterstützungs- und/oder Unterhaltsbeiträge, die der Schuldner an nicht in seinem Haushalt wohnende Personen in der letzten Zeit vor der Pfändung **nachgewiesenermassen** geleistet hat und voraussichtlich auch während der Dauer der Pfändung leisten wird (BGE 109 III 56 E. c; 121 III 22). Dem Betreibungsamt sind für solche Beiträge Unterlagen (wie Urteile, Quittungen und dgl.) vorzuweisen.

6. Schulung der Kinder

Besondere Auslagen für Schulung der Kinder (öffentliche Verkehrsmittel; Schulmaterial usw.). Das gilt auch für Studenten bis zu ihrer Volljährigkeit (BGE 98 III 34 ff.), wobei allfällige Stipendien und anderweitige Einkünfte derselben angemessen zu berücksichtigen sind.

7. Abzahlung oder Miete/Leasing von Kompetenzstücken

Gemäss Kaufvertrag, jedoch nur solange

zu berücksichtigen, als der Schuldner bei richtiger Vertragserfüllung zur

Abzahlung verpflichtet ist und sich über die Zahlungen ausweist. Voraussetzung: Der Verkäufer muss sich das Eigentum vorbehalten haben. Die gleiche Regelung gilt sinngemäss für gemietete/geleaste Kompetenzstücke (BGE 82 III 26 ff.).

(Verpflichtungen aus Vorauszahlungsverträgen sind nicht zu berücksichtigen.)

8. Auslagen für Arzt, Arzneien, Geburt, Betreuung und Pflege; Wohnungswechsel

Stehen dem Schuldner z. Zt. der Pfändung unmittelbar grössere Auslagen für Arzt, Arzneien, Geburt, Betreuung und Pflege von Familienangehörigen oder für einen Wohnungswechsel bevor, so ist diesem Umstand in billiger Weise durch eine entsprechende zeitweise Erhöhung des Existenzminimums Rechnung zu tragen (BGE 81 III 15 E. 2; 85 III 67).

Gleiches gilt, wenn diese Auslagen dem Schuldner während der Dauer der Lohnpfändung erwachsen. Eine Änderung der Lohnpfändung erfolgt hier in der Regel jedoch nur auf Antrag des Schuldners.

III. Steuern

Diese sind bei der Berechnung des Notbedarfs nicht zu berücksichtigen (BGE 69 III 41; 95 III 42 E. 3).

Bei ausländischen Arbeitnehmern, die der Quellensteuer unterliegen, ist bei der Berechnung der pfändbaren Quoten von dem Lohn auszugehen, der diesen tatsächlich ausbezahlt wird (BGE 90 III 34).

IV. Sonderbestimmungen über das dem Schuldner anrechenbare Einkommen

1. Beiträge gemäss Art. 163 ZGB

Verfügt der Ehegatte oder der eingetragene Partner des Schuldners über ein eigenes Einkommen, so ist das gemeinsame Existenzminimum von beiden Ehegatten oder eingetragenen Partnern (ohne Beiträge gemäss Art. 164 ZGB) im Verhältnis ihrer Nettoeinkommen zu tragen (BGE 114 III 15 ff.). Entsprechend verringert sich das dem Schuldner anrechenbare Existenzminimum.

2. Beiträge gemäss Art. 323 Abs. 2 ZGB

Die Beiträge aus dem Erwerbseinkommen minderjähriger Kinder, die in Haushaltgemeinschaft mit dem Schuldner leben, sind vorab vom gemeinsamen Existenzminimum abzuziehen (BGE 104 III 77 f.). Dieser Abzug ist in der Regel auf einen Drittel des Nettoeinkommens der Kinder, höchstens jedoch auf den für sie geltenden Grundbetrag (Ziff. I.4.) zu bemessen.

Der Arbeitserwerb volljähriger, in häuslicher Gemeinschaft mit dem Schuldner lebender Kinder ist bei der Berechnung des Existenzminimums dieses Schuldners grundsätzlich nicht zu berücksichtigen. Hingegen ist dabei ein angemessener Anteil der volljährigen Kinder an den Wohnkosten (Mietzins und Heizung) in Abzug zu bringen (Ziff. V.2.).

V. Abzüge vom Existenzminimum

- 1. Naturalbezüge** wie freie Kost, Dienstkleidung usw. sind entsprechend ihrem Geldwert vom Existenzminimum in Abzug zu bringen:

Freie Kost mit 50% des Grundbetrages (vgl. Ziff. VI.);
Dienstkleidung mit CHF 20.– bis CHF 30.– im Monat.

- 2. Angemessener Anteil an den Wohnkosten (Mietzins und Heizung) der in gemeinsamem Haushalt mit dem Schuldner lebenden volljährigen Kinder mit eigenem Erwerbseinkommen.**

- 3. Reisespesenvergütungen**, welche der Schuldner von seinem Arbeitgeber erhält, soweit er damit im Existenzminimum eingerechnete Verpflegungsauslagen in nennenswertem Umfang einsparen kann.

VI. Barnotbedarf

Der Barnotbedarf – bei freier Kost – entspricht 50% des Grundbetrages gemäss Ziff. I.

VII. Abweichung von den Ansätzen gemäss Ziffern I.–V. können soweit getroffen werden, als der Betreibungsbeamte sie aufgrund der ihm im Einzelfall obliegenden Prüfung aller Umstände für angemessen hält. Solche Abweichungen sind zu begründen.

VIII. Verdienstpfindungen (Einkommen aus selbständiger Berufstätigkeit, Trinkgeldeinnahmen im Gastwirtschaftsgewerbe und dgl.)

Hier finden die vorstehenden Richtlinien analoge Anwendung.

IX. Schlussbestimmungen

1. Durch dieses Kreisschreiben werden die seit 1. März 2001 in Kraft stehenden Richtlinien der Justizkommission des Obergerichts für die Berechnung des betriebsrechtlichen Existenzminimums vom 26. Februar 2001 aufgehoben.
2. Die vorstehenden Richtlinien treten auf den **1. Januar 2007** in Kraft und sind ab diesem Datum auf alle zu vollziehenden Einkommenspfändungen und Pfändungsanschlüsse anzuwenden. Bestehende Einkommenspfändungen sind jedoch nur auf entsprechendes Verlangen des Schuldners den neuen Ansätzen anzupassen, oder wenn eine Pfändung zufolge veränderter Verhältnisse (Stellenwechsel, Familienzuwachs oder dgl.) revidiert werden muss.

Zug, den 28. Dezember 2006

Für die Justizkommission des Obergerichts
des Kantons Zug

Der Vorsitzende:

A. Iten

Der Gerichtsschreiber:

N. Bracher

